

Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT!

US-Manöver 'Reforger 75'

Vergewaltigungen und Tote

Mitte Oktober 1975 im Manövergebiet der US-Truppen „Reforger 75“: Eine 20-jährige junge Frau wird in ihrem PKW von einem US-Panzer gerammt. Sie versucht, Autofahrer anzuhalten, um Hilfe zu bekommen. Schließlich hält ein Jeep. Zwei amerikanische Soldaten bieten sich an, die junge Frau in die nächste Stadt mitzunehmen. Unterwegs aber biegen sie in den Wald ab und vergewaltigen die Wehrlose.

In Tauberbischofsheim lassen sich zwei 14- und 15-jährige Mädchen in einem von fünf Soldaten besetzten US-Fahrzeug mitnehmen. Wahrscheinlich hatten sie in der Schule gelernt, daß die Besatzertruppen auf westdeutschem Boden ihre Freunde seien, die die Freiheit unseres Volkes schützen. Nun erleben sie die Wirklichkeit: In einem Waldstück wird die 14-jährige unter massiven Drohungen vergewaltigt.

Kommentar der westdeutschen Polizei: Sie ist „nahezu stumm über soviel Unverstand von jungen Frauen. Sie warnt erneut und eindringlich sich auf keinen Fall mit Manöver-Soldaten einzulassen.“ So einfach ist das. Die Frauen sind selbst schuld.

Diese beiden abscheulichen Verbrechen an jungen Frauen sind jedoch nur die Spitze der Brutalitäten, die auf das Konto der US-Besatzertruppen beim Manöver „Reforger 75“ in Süddeutschland gehen. Mit der Arroganz einer Supermacht, für die das Leben von Men-

transporter, ragt über dessen Frontpartie weit hinaus und donnert mit mindestens 70 Kilometern an den PKWs vorbei. Die Fahrer überkommt das Grauen...

Ähnliche Situationen haben insgesamt 14 Menschenleben gekostet, davon neun deutsche Zivilisten. US-Panzer stehen unbeleuchtet nachts auf der Landstraße. Zwei Auffahrunfälle kosten je ein Todesopfer, darunter ein 16-jähriges Mädchen. Auf der Bundesstraße 13 zwischen Ansbach und Würzburg biegt ein US-Bergepanzer plötz-

hindert.

Welches Recht maßt sich der US-Imperialismus an, so mit dem Leben und dem Grund und Boden der westdeutschen Bevölkerung umzugehen? Es ist die Anmaßung einer Supermacht, die am liebsten die ganze Welt ihrem Diktat unterwerfen möchte. Darum ringen sie mit der anderen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus, der mit der gleichen Arroganz und noch brutaler die osteuropäischen Länder und den anderen Teil unseres Vaterlandes, die DDR unter der Knute hält. Aber weder der amerikanische noch der russische Imperialismus hat mit seinen Truppen auf deutschem Boden überhaupt etwas zu suchen! Die Besatzertruppen dieser imperialistischen Räuber bedrohen die Sicherheit unseres Volkes. Bis an die Zähne bewaffnet stehen sie sich an der Elbe gegenüber. Mit derselben Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben der Bevölkerung unseres Landes wie sie sich im

Manöver „Reforger“ gezeigt hat, werden sie unser Land mit Krieg überziehen, wenn ihre Weltherrschaftspläne es vorsehen.

Aber sie stoßen auf Widerstand! Die Bevölkerung von Nordhorn-Ränge hat mit der Besetzung eines geplanten NATO-Bombenabwurfplatzes und dem militanten Kampf gegen die westdeutsche Polizei, ein Beispiel gegeben, dem inzwischen die Bevölkerung vieler Gegenden, wo ähnliche Pläne bestanden, gefolgt ist.

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS tritt ein für die Vertreibung der beiden Supermächte und ihrer Truppen aus ganz Deutschland. Jedem, der durch seinen Kampf gegen die Supermächte verfolgt wird, jedem, der von dem Terror der Besatzertruppen betroffen ist, sichern wir nach unseren Kräften die größtmögliche Unterstützung der RHD zu.

BESATZER RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

NIEDER MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Ausweisungsverfügung - Todesurteil

„Wenn die in den Anklageschriften vorgebrachten Beschuldigungen durch rechtskräftige Urteile bestätigt werden, wird Haschemi aufgrund des § 1o AusLG abgeschoben. Sein Alter ist auf diese Maßnahme ohne Einfluß.“ So heißt es in einem Brief des Ausländeramtes München an die Staatsanwaltschaft.

DIESE AUSWEISUNGSVERGÜGUNG IST EIN TODESURTEIL!

Denn der hier in das faschistische Persien abgeschoben werden soll, ist Kommunist. Alexander Haschemi, 21, ist Mitglied der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML. Seit seiner Geburt lebt er in München. Er hat eine deutsche Mutter. Dennoch besitzt er nach dem bis zum 31.12.74 geltenden Recht die persische Staatsangehörigkeit aufgrund seines persischen Vaters, der schon vor 10 Jahren in den Iran zurückgekehrt ist. Die Ausweisung Saschas wurde beschlossen, nachdem er durch seine Teilnahme am Roten Antikriegstag 72 als Kommunist bekannt geworden war. Wegen dieser Teilnahme wurde er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Was eine Abschiebung in den Iran für Sascha bedeuten würde, ist leicht auszumalen. Das faschistische Schah-Regime gehört zu den Ländern mit der größten Zahl bekannt gewordener grausamster Folterungen und Hinrichtungen von politischen Gefangenen. Scheinerschießungen, Mitansetzen von Folterungen an nahen Angehörigen, das Brechen aller einzelnen Knochen des Körpers, zweistündiges Festbinden auf einer glühenden Herdplatte sind nur einige der Brutalitäten aus der Palette der Henker des Schah. Einen als Kommunisten bekannten jungen Menschen dorthin auszuliefern ist nichts anders als Schreibtischmord!

Sascha wartete nicht ab, daß man ihn wie ein Tier zur Schlachtbank ab-

führen würde. Als noch während seines Prozesses die Verhaftung drohte, tauchte er unter. Seither lebt er - nunmehr 1 1/2 Jahre - in der Illegalität. Er hat mehrmals erklärt, daß er wieder auftauchen wird, wenn er den deutschen Paß in Händen hält. Daß er wird er auch seine Gefängnisstrafe antreten.

Der deutsche Paß aber wird Sascha nach wie vor vorenthalten. Und das, obwohl nach einem seit dem 1.1.1975 gültigen neuen Gesetz die Annahme einer schriftlichen Willenserklärung Saschas durch die Ausländerbehörde für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit genügt. Eine solche Willenserklärung liegt dem Ausländeramt längst vor. Dennoch wird ihm der Paß weiterhin verweigert. Eine Verwaltungsgerichtsklage, die Saschas Anwalt Dr. Heldmann, der bekannte Ausländeranwalt von Amnesty International und

Fortsetzung auf Seite 2



schen keinen Pfefferling zählt, wütete der US-Imperialismus auf den Straßen und Feldern der Manövergebiete in Franken. Die „Heilbronner Stimme“ schreibt über das „Chaos im Main-Tauber-Kreis“: „60-Tonnen-Panzer durchfliegen Wälder und Fluren und zerquetschen die Fahrbahnen. Wer ihnen mit seinem PKW zu nahe kommt, kann sein Testament machen. Mit nahezu unglaublicher Rücksichtslosigkeit preschen schwere Kettenfahrzeuge über die meist schmalen Verbindungsstraßen, oft im Schlepp eines Trucks und ebenso oft hauchdünn an den Karosserien der PKW-Fahrer vorbei. Beispiel Montagabend zwischen Unter- und Ober-schlüpf: Nur ganze fünf Zentimeter beträgt der Abstand zwischen den Panzerketten und den Personenzugängen im Begegnungsverkehr. Das havarierte Gefährt hängt an einem US-Truppen-

lich ohne Blinkzeichen nach links ab. Ein entgegenkommender Kombiwagen wird total zermalmt, beide Insassen, Arbeiter einer Glasreinigungsfirma, sind tot.

Ebenso rücksichtslos wie auf den Landstraßen benehmen sich die Besatzertruppen in den Städten und auf den Feldern. Nachts um 3 fallen 10 Panzer in ein Wohngebiet ein, lassen die Motoren laufen und walzen bei der Abfahrt einige frisch angelegte Gärten der Bewohner nieder. Andernorts lagern betrunkene Soldaten auf den Brücken und blockieren mit ihren schweren Lastern die enge Ortseinfahrt. Panzerketten durchpflügen noch nicht abgeerntete Rüben- und Maisfelder, Fichtenschonungen und einen von der Bevölkerung in Eigenarbeit angelegten Sportplatz, woran sie weder eine Schranke noch ein Schild in englischer Sprache

Aus dem Inhalt.	
Brief der ZL an den Zentralvorstand der Roten Hilfe e.v.	S. 2
Nachrichten	S. 2
Freiheit für Horst Mahler!	S. 3
Weg mit Paragraph 231 a!	S. 3
Die Solidarität ist unteilbar	S. 3
Von Norman Bethune lernen	S. 4
Polizeiterrror	S. 4
Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz	S. 5
Die RHD betreut politische Gefangene	S. 5
Albanien Jugend unterstützt unsere Genossen in Haft	S. 6
Leserbriefe	S. 7
Vom Kampf der Roten Hilfe in Spanien	S. 8

Mit dem Ziel, den Kampf für eine einheitliche revolutionäre ROTE HILFE voranzutreiben, übersandte die Zentrale Leitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS dem Zentralvorstand der Roten Hilfe e.V. vor kurzem folgenden Brief:

An den Zentralvorstand der Roten Hilfe e.V.

LIEBE GENOSSEN!

Mit diesem Brief tritt die Zentrale Leitung der RHD an Euch heran mit dem Vorschlag, eine Zusammenkunft von Vertretern der beiden zentralen Leitungen unserer Organisationen einzuberufen.

Angesichts der wachsenden Faschisierung in unserem Land, angesichts des wütenden Terrors, den die Bourgeoisie in allen Ländern gegen den revolutionären Kampf der Völker für ihre nationale und soziale Befreiung ausübt, angesichts der Bedrohung der Völker durch die Welt herrschaftspläne der beiden imperialistischen Supermächte, des sowjetischen Sozialimperialismus und des US-Imperialismus, warten Tausende, Millionen auf die brüderliche Solidarität ihrer Klassenbrüder, weil sie den Verfolgungen, dem Terror der Imperialisten ausgesetzt sind. Täglich wachsen daher die Aufgaben der ROTEN HILFE.

Die Arbeiterklasse weiß aus ihren alltäglichen Erfahrungen des Klassenkampfes, daß nur die Einheit stark macht. Die deutsche Arbeiterklasse braucht daher nicht zwei oder drei ROTE HILFEN, sondern eine einheitliche revolutionäre ROTE HILFE. Es ist daher die Pflicht jedes Revolutionärs, für diese Einheit in einer ROTE HILFE-Organisation zu kämpfen. Eine solche Einheit fällt nicht vom Himmel, sie kann nur erreicht werden durch die Einheit in der revolutionären Aktion und durch einen sachlichen ideologischen Kampf um die revolutionären Prinzipien, um ein korrektes Programm und Statut der ROTEN HILFE.

Mehr als früher gelingt es uns heute, auf der Grundlage von revolutionären Positionen gemeinsame Aktionen durchzuführen. Diese Tendenz begrüßt die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS sehr. Die Aktionseinheit allein kann aber nicht zur Einheit führen. Notwendig ist der ideologische Kampf um die grundlegenden Prinzipien der ROTEN HILFE-Arbeit. Unserer Meinung nach hat das Programm der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS vom 26.1.75 diese Prinzipien korrekt angewandt. Die ROTE HILFE ist eine Kampforganisation, eine revolutionäre Massenorganisation, die politische Unterdrückung, sie ist weder eine „linke“ Caritas noch eine 2. Auflage der Kommunistischen Partei. In ihren Zielen bekämpft sie sich zum Kommunismus, zur bewaffneten proletarischen Revolution und zur gerechten revolutionären Gewalt. Sie bekämpft den bürgerlichen Staat, seine Organe, die Justiz, die Polizei usw., sie bekämpft die wachsende Faschisierung, wobei sie betont: Faschismus und bürgerlich parlamentarische Demokratie sind nicht durch eine chinesische Mauer getrennt, sondern sind beides Formen der Diktatur der Bourgeoisie, die nur gewaltsam

gestürzt werden kann. Die ROTE HILFE zieht daher einen klaren Trennungsstrich zum Modernen Revisionismus, den Erbschaft der Revolution. Die ROTE HILFE kämpft gegen die beiden imperialistischen Supermächte, gegen ihre Besatzertruppen in unserem Land, sie reißt sich ein in den Kampf für ein VEREINTES UNABHÄNGIGES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND! Die ROTE HILFE muß überparteilich sein. „Wir fragen nicht nach Verband und Partei, ist einer nur im Kampf erblich dabei.“ Unsere Waffe ist die Solidarität der Massen.

Das sind unserer Ansicht nach die wesentlichsten Prinzipien, hier bestanden und bestehen auch die meisten Differenzen zwischen unseren beiden Organisationen. Ziel unserer Diskussion muß es sein, über diese grundlegenden Fragen Einheit zu erzielen.

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ist bereit, offen und ehrlich an die Frage der Einheit heranzugehen, jegliches kleinbürgerliches Konkurrenzdenken über Bord zu werfen und uns bei unserem Kampf ausschließlich daran zu orientieren, daß die Massen für ihre Befreiung eine revolutionäre ROTE HILFE brauchen. Dies war auch der Grundsatz der ROTEN HILFE-Gruppen, die sich Anfang dieses Jahres zur ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS zusammengeschlossen haben.

Es war allerdings ein Fehler von uns, daß wir erst jetzt mit dieser Initiative an Euch herangetreten sind. Wir haben uns in der Praxis nicht genügend um die Einheit gekümmert, nicht stets den Kontakt mit dem Ziel der einheitlichen Aktion gesucht und manchmal die Widersprüche zwischen unseren beiden Organisationen nicht richtig behandelt. Wir sind bereit, diese Fehler zu korrigieren.

Um der Einheit näher zu kommen, ist es jetzt unserer Meinung nach das wichtigste, eine gemeinsame Front in der Aktion zu schmieden und den ideologischen Kampf um die grundsätzlichen Fragen eng damit zu verbinden. Darüber hinaus schlagen wir vor, in bestimmten praktischen Fragen, so insbesondere bei der Betreuung der politischen Gefangenen, beim Kampf gegen die Prozeßlawine, bei der Unterstützung durch Anwälte und juristische Hilfe, eine feste Zusammenarbeit zu vereinbaren, denn gerade hier wirkt sich die Spaltung der ROTEN HILFE-Bewegung besonders schädlich aus.

Genossen, große Aufgaben stehen vor uns. Die Arbeiterklasse erwartet von uns, daß wir mit allem Ernst an die Frage der Einheit herangehen. Setzen wir uns zusammen mit dem Willen zur Einheit. Kämpfen wir gemeinsam gegen den Klassenfeind.

Mit revolutionären Grüßen
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
Zentrale Leitung

Fortsetzung von Seite 1

internationale Beobachter bei persischen politischen Prozessen, einreichte, wude abgewiesen mit der Begründung, die Echtheit der Unterschrift unter Saschas Willenserklärung sei nicht beglaubigt. Ein zynischer Trick, um Sascha zu zwingen, persönlich im Ausländeramt zu erscheinen, damit man ihn dort verhaften kann, ehe er seine Willenserklärung abgeben kann.

NUR DURCH DEN DRUCK DER MASSENSOLIDARITÄT KANN DER DEUTSCHE PASS FÜR SASCHA ERKAMPFT WERDEN!

Seit 1 1/2 Jahren leisten die KPD/ML, die Rote Garde und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS, unterstützt von anderen revolutionären Organisationen und vielen fortschrittlichen Menschen eine unermüdete Arbeit, um die Solidarität für den Kampf um Saschas deutschen Paß zu wecken. 20000 Unterschriften unter die Forderung nach dem deutschen Paß wurden gesammelt, davon allen 7000 in München. Die Ortsgruppe München der RHD führt jede Woche einen Sascha-Stammtisch durch.

Seit ca. 14 Tagen haben die Aktivitäten in München einen neuen Höhepunkt erreicht. Kundgebungen, Veranstaltungen und verstärkte Propaganda in der ganzen Stadt werden durchge-



Die Ortsgruppe München hat eine Broschüre „Sofort einen Deutschen Paß für Sascha!“ herausgegeben. Umfang 30 Seiten, Preis 1,50 DM. Zu bestellen über das Büro der RHD, 46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22.

Kommt zum Sascha-Stammtisch der RHD München: Jeden Freitag 19 Uhr, in der Gaststätte „Brünstein“, Ecke Orleans- und Elsässer Str., Nähe Ostbahnhof

NACHRICHTEN

REVISIONSANTRAG VON H. BARON ABGELEHNT

Genosse Heinz Baron, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, erhielt jetzt den Bescheid, daß sein Revisionsantrag gegen das Urteil abgelehnt sei. Der Bundesgerichtshof begründete diese Entscheidung nicht einmal.

Nach der Ablehnung des Revisionsantrages steht fest, daß auch Genosse Heinz Baron ins Gefängnis muß.

FREIHEIT FÜR DIE KÄMPFER DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGES!

BUNDESGERICHTSHOF SCHUTZT SPITZEL

Während einer Demonstration in Tübingen vor zwei Jahren hatten die Demonstranten in einem Cafe einen Polizeispitzel entdeckt, der sie fotografierte. Sie stürmten in das Cafe und nahmen dem sauberen Herrn seinen Koffer ab, in dem sie außer den Fotos auch Aufzeichnungen und verschiedenes Spitzelwerkzeug, sogar Handschellen und eine Schußwaffe fanden. Das Landgericht Tübingen hatte in einem Prozeß den Studenten recht gegeben, weil der Spitzel sie „ohne gesetzliche Grundlage und unter Verletzung von Grundrechten“ fotografiert habe. Dieses Urteil wurde jetzt vom BGH aufgehoben. Zwar könne eine heimliche Aufnahme das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Abgebildeten verletzen. Aber es komme immer auf den Zweck an. Und der habe hier „in der behördeninternen Verwendung zur Aufklärung strafbarer Handlungen“ gelegen. Er sei „durch höherwertige Interessen der Allgemeinheit“ geboten gewesen. Also: Freie Fahrt für Spitzel!

HUNGERSTREIK IM AUSLÄNDERLAGER

Am 24.10.75 traten im Ausländerlager Zirndorf 75 asylsuchende Ausländer für mehrere Tage in den Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen die diskriminierende Behandlung durch die Behörden, dagegen, daß sie, in Gettos zusammengepfercht, oft bis zu einem Jahr lang auf die Entscheidung ihres Asylanspruchs warten müssen.

BETRIEBSRÄTE ALS DENUNZIANTEN

Am 30.10.75 fand vor dem Schöffengericht in Witten ein Prozeß gegen den Genossen Michael Banos statt, weil er angeblich ein Flugblatt mit „beleidigendem Inhalt“ bei Siemens in Witten verteilt hat.

Die reaktionären Siemens-Betriebsräte Rein und Sander hatten den Genossen bei der politischen Polizei denunziert, als sie ihn bei einem anderen Prozeß sahen. Die Polizisten trauten sich damals nicht, wie sie selbst in einem Aktenvermerk schrieben, „mühsam anzusprechen und zu vernehmen, „zumal einzige Sympathisanten schon zum Termin erschienen waren.“ Andere Polizisten nahmen dann später eine Personalienfeststellung vor.

Bei dem Prozeß gegen Michael nun konnten die beiden „Zeugen“ Rein und Sander nicht mehr behaupten, der Genosse habe das

führt. Die RHD hat eine Dokumentation herausgegeben und eine Wanderausstellung fertiggestellt, die in verschiedenen Stadtteilen in Gaststätten und auf Plätzen gezeigt wird. Rotgardisten hängten aus einem Kirchturm ein 25 m langes Transparent mit der Aufschrift: „Sofort ein deutscher Paß für Sascha!“. Im Münchner Hauptbahnhof ließen sie ein großes Transparent aufsteigen, bis es in der Kuppel gut sichtbar hängen blieb. Es hing dort den ganzen Tag. Erst nachts konnte die Polizei es herunter schießen.

Die bürgerliche Presse aber, die über die Todesurteile im fernen Spanien so große Krokodilstränen vergoß, schweigt seit 1 1/2 Jahren über das Todesurteil, das das Münchner Gericht mit seiner Abschiebungsverfügung über einen jungen deutschen Kommunisten gefällt hat. Dieses Schweigen ist offensichtlich „von oben“ angeordnet. Es geht sogar so weit, daß Münchner Zeitungen zwar über das Transparent am Kirchturm berichten, aber verschwiegen, was darauf stand, ja worum es überhaupt

Flugblatt verteilt. Der eine konnte sich an gar nichts mehr erinnern, da „es ja dunkel war und er an einem Eingang gestanden habe“, der andere blieb zwar dabei, Michael gesehen zu haben, wußte aber nicht mehr, ob dieser etwas verteilt hat.

Es lagen also nicht die geringsten Beweise dafür vor, daß der Genosse das Flugblatt verteilt hat, dies mußte sogar die bürgerliche Presse zugeben. Dennoch verurteilte das Gericht ihn zu DM 900,- Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung sagte der Richter dann sinngemäß: Selbst wenn der Angeklagte etwas anderes verteilt hat, das ist nicht wichtig. Er ist jemand, der solche „Beleidigungen mit in seinen Willen aufnimmt“ und ist deshalb mitschuldig. Außerdem habe er, um keinen Märtyrer zu schaffen, von einer Gefängnisstrafe abgesehen. Dabei verwies der Richter auf einen Berg Akten, die sich auf den Prozeß bezogen, der im Dezember 75 gegen den Genossen in Dortmund stattfinden soll und bei dem sieben Verfahren wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit zusammengezogen worden sind!

RADIKALENERLASS FÜR SCHÜLER

Das baden-württembergische Kultusministerium arbeitet zur Zeit neue Richtlinien für Schülersprecher und Bildungsreferenten von Jugendverbänden aus. Danach können dann Schulleiter Schülersprecher ablehnen, wenn diese „einer radikalen Vereinigung angehören oder aber zu befürchten ist, daß der Schülersprecher eine besondere Gefahr für den Schulfrieden darstellt.“

EIN MONAT GEFÄNGNIS FÜR SOLDATEN

Vor kurzem fand in Flensburg vor dem Landgericht ein Prozeß gegen den ehemaligen Soldaten Klaus B. statt. Er war wegen „verfassungsfeindlicher Zersetzung“ angeklagt, weil er zusammen mit einem Kameraden einen Artikel des Roten Morgen an das schwarze Heft seiner Kompanie geheftet hatte, in dem der Manöver Terror während des NATO-Manövers Bold Guard beschrieben war.

Im Prozeß schilderte der Genosse die Vorfälle während des Manövers und wies nach, daß die Sicherheit von den Befehlshabern der NATO aufs Spiel gesetzt wurde. Er erklärte, daß er immer für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes eingetreten ist.

Die Anklage fiel zusammen wie ein Kartenhaus, dennoch forderte der Staatsanwalt DM 3.000,- Geldstrafe, er redete von „aggressivem Extremismus“ und „Gefährdung der Disziplin der Truppe“.

Erst fünf Tage später wurde das Urteil verkündet: Ein Monat Gefängnis auf drei Jahre Bewährung (1) und DM 300 Geldstrafe wegen Beihilfe zur Zersetzung. Der als Zeuge vernommene damalige Kompaniechef, ein Leutnant Venkord, erklärte dazu offen und frech: „Sie hätten damals die Gelegenheit beim Schopfe gefaßt“, denn der Soldat Klaus wäre ihnen schon seit längerem als „Unruhstifter“ ein Dorn im Auge gewesen.

Dieses Schweigen muß durchbrochen werden!

Auf einen erneuten Aufruf der KPD/ML hin haben bis heute 30 Wissenschaftler, Journalisten, Künstler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit einer Protesterklärung die Forderung nach dem Deutschen Paß für Sascha unterstützt, unter anderem Ilse Aichinger (Schriftstellerin); Dr. E. Bloch (Prof.); H. Bieneck (Schriftsteller); Dr. K. Croissant (Rechtsanwalt), Dr. I. Drewitz (Vize-Präsidentin des PEN-Zentrums der Bundesrepublik); O. Flechtmeier (Prof.); J. Groß (Journalist); Käte Hamburger (Prof.); J. Laubscher (Rechtsanwalt); K. Noack (Buchhändlerin); Sekretariat der Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender; Th. Weissenborn (Schriftsteller).

Reiht Euch ein in die Solidaritätsfront!

Protestiert beim Ausländeramt München: Tel. 089/214-1, Paßstelle, Buchstabe H.

VERHINDERT DEN SCHREIBTISCHMORD AN SASCHA HASCHEMI!

SOFORT EIN DEUTSCHER PASS FÜR SASCHA!

Freiheit für Horst Mahler!

Seit 5 Jahren wird Genosse Horst Mahler von der Bourgeoisie hinter Gefängnismauern gehalten. Nach dem Willen der bürgerlichen Klassenjustiz soll er noch weitere 9 Jahre hinter Kerkermauern verbringen.

1970, nach der gewaltsamen Befreiung Andreas Baaders aus dem Gefängnis wurde Horst Mahler wegen angeblicher Beteiligung an der Befreiungsaktion und wegen „Mordversuchs“ verhaftet. 2 1/2 Jahre später führt die Bourgeoisie einen groß angelegten Schauprozess gegen ihn durch. Die Klassenjustiz wirft ihm Beteiligung an Bankrauben und Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“, der RAF, vor. Einziges „Beweismaterial“ für diese Anschuldigungen waren die Aussagen des gekauften Polizeispitzels Karl Heinz Ruhland, den die bürgerliche Klassenjustiz zum Kronzeugen aufbaute.

In dem Verfahren widersprach sich Ruhland ständig selbst; es war so offensichtlich, daß seine belastenden Aussagen erfunden waren, daß schließlich sogar der Staatsanwalt in seinem Plädoyer seinen Kronzeugen fallen lassen mußte. Die Tatsache aber, daß Horst Mahler sich nicht politisch von den ihm zur Last gelegten Taten distanzierte, reichte dem Gericht zu dem Schluß, daß Mahler an ihnen beteiligt gewesen sei, zumindest aber eine „geistige Mittäterschaft“ bestehe. Mahlers „hohe Intelligenz“ war den Richtern „Beweis“ dafür, daß er an „kriminellen Delikten“ beteiligt war oder doch hätte durchführen können. So fällt das Gericht ein faschistisches Gesinnungsurteil: 12 Jahre Gefängnis!

Mit diesem Urteil zeigte die Bourgeoisie deutlich, daß es ihr bei diesem Prozeß nicht um Beweise für angeblich begangene Straftaten ging, sondern darum, durch ein Terrorurteil alle Revolutionäre einzuschüchtern, allen Werktätigen zu drohen: Wer mit Gewalt gegen das mörderische System des Kapitalismus kämpft, wer die Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes der Bourgeoisie propagiert, der bekommt den Hass der herrschenden Klasse zu spüren.

Diese Rechnung ging nicht auf. Schon kurz nach der Verkündung dieses Terrorurteils marschierten ca. 4.000 Menschen durch die Straßen der Westberliner Innenstadt und demonstrierten militant gegen dieses Gesinnungsurteil.

Doch dieses Urteil gegen den Genossen Mahler genügte der Bourgeoisie noch nicht.

1974 fand ein erneuter Prozeß gegen ihn statt, diesmal wegen angeblicher Beteiligung an der gewaltsamen Befreiung Andreas Baaders. Wieder war K.H. Ruhland der Kronzeuge gegen den Genossen. Wieder verstrickte Ruhland sich in Widersprüche, mußte bei seiner Befragung sogar zugeben, daß er gekauft war, um Mahler zu belasten. Doch darüber sah das Gericht mit Wohlwollen hinweg. Obwohl

wieder keinerlei Beweise für die Anschuldigungen gegen ihn vorlagen, wurde Horst Mahler aufgrund der gekauften Aussagen von Ruhland verurteilt: diesmal zu einer Gesamtstrafe von 14 Jahren.

5 Jahre nun sitzt Horst Mahler im Gefängnis, 5 Jahre, in denen er – wie fast alle politischen Gefangenen – in zeitweiliger strenger Isolierhaft gehalten wurde, in denen ihm immer wieder Besuche und revolutionäre Literatur verweigert wurden.

Das Urteil gegen Horst Mahler ist ein Terrorurteil gegen seine revolutionäre Gesinnung. Es ist die Pflicht jedes fortschrittlichen Menschen, jedes Revolutionärs, jedes Roten Helfers, dieses Gesinnungsurteil anzuprangern, den Genossen in seinem Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu unterstützen. Der Kampf für die Freilassung Horst Mahlers muß ein Teil des Kampfes für die Freiheit aller politischen Gefangenen sein.

Solidarisieren wir uns mit Horst Mahler, fordern wir seine Freilassung!

Unterstützen wir den Genossen in seinem Kampf, schreiben wir ihm Solidaritätsadressen
SCHLUSS MIT DER ISOLIERHAFT – FOLTER!

FREIHEIT FÜR HORST MAHLER – FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!



Weg mit Paragraf 231a!

Andreas Baader, Gudrun Enslin, Ulricke Meinhoff und Jan Carl Raspe können im Stammheimer Prozeß von der Hauptverhandlung gegen sie wegen „selbstverschuldeter Verhandlungsunfähigkeit“ ausgeschlossen werden.

Das ist der bisher faschistischste Angriff auf angeklagte Revolutionäre, der mit der neuen Strafprozeßordnung durchgeführt wird.

Monate lang haben die Angeklagten und ihre Verteidiger darum gekämpft, daß das Gericht ihren schlechten Gesundheitszustand berücksichtige. Vom Gericht ausgesuchte medizinische Gutachter, die alles andere als Sympathisanten der RAF sind, haben jetzt bestätigt, daß die zerrüttete Gesundheit der Angeklagten nicht auf den Monate zurückliegenden Hungerstreik zurückzuführen ist, sondern auf die Haftbedingungen, die Isolation, der alle vier Gefangenen seit Jahren unterworfen sind.

Über die Forderungen der Gutachten, die Haftbedingungen zu erleichtern, setzte sich das Gericht unverschämt hinweg. Entgegen dem Gutachten behauptet Prinzing, daß die RAF-Genossen selbst daran schuld seien, wenn sie sich mit einem Hungerstreik gegen die mörderische Isolation wehren. Der Bundesgerichtshof stellte weiterhin fest, daß die Angeklagten ja aufgrund „ihrer Gefährlichkeit“ isoliert werden müßten. Bis auf einen Punkt stimmen Richter Prinzing und der BGH überein. Der BGH stellte fest, daß Prinzing zwar die Angeklagten ausschließen könne, wenn ihr Gesundheitlicher Zustand die „Funktionsfähigkeit der Verhandlung“ störe, er müsse sie aber auf der anderen Seite an der Verhandlung teilnehmen lassen, wenn sie das wollten. Diese Regelung verschafft zwar dem Gericht nach außen eine „liberale“ Maske, bleibt jedoch in ihrer Auswirkung für die Genossen das Gleiche. In der bürgerlichen Presse liest man dann, jetzt stehe es den RAF-Ge-

men oder nicht. Das heißt, sie haben die Wahl, trotz Untergewicht, Konzentrations- und Wahrnehmungsstörungen und Schwindelanfällen ihren Prozeß politisch zu führen oder ihn in faschistischer Geheimjustiz über die Bühne gehen zu lassen.

Das Rezept des § 231 a der neuen STPO, der hier willkürlich angewandt werden kann, ist einfach. Mit ihm kann in Zukunft jeder „unbequeme“ Angeklagte vom Prozeß ausgeschlossen werden. Man erklärt ihn für gefährlich, setzt ihn verschiedenen Torturen aus – Isolierhaft, „Beruhigungszellen“ oder es schlagen ihn ein paar Wärter zusammen, weil er „randaliert“ hat. Ist er dann k.o., schließt man ihn wegen „selbstverschuldeter Verhandlungsunfähigkeit“ aus. So kann es jedem geschehen, der in die Mühlen der bürgerlichen Klassenjustiz gerät.

Protestiert gegen die Anwendung des § 231 a bei Richter Prinzing:

Tel.: 0711/806515
Adresse: 2. Strafsenat, Oberlandesgericht, Stuttgart-Stammheim, Mehrzweckgebäude.

NIEDER MIT DER NEUEN STRAF-PROZESSORDNUNG!

WEG MIT DER ISOLATIONSFOLTER!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN

Die Solidarität ist unteilbar

Selbstkritik der Zentralen Leitung

In und außerhalb der RHD haben Genossen kritisiert, daß die RHD nach dem Hungerstreik die praktische Solidarität mit den Gefangenen der RAF fast völlig eingestellt hat. Wir halten diese Kritik für richtig. Warum?

Der Kampf gegen Folter, Terror und Mord in den Gefängnissen, der Kampf für die FREIHEIT ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN ist eine der wichtigsten Aufgaben für die ROTE HILFE. Daher war es richtig, den Hungerstreik gegen die Isolationsfolter zu unterstützen, der Hetze der Bourgeoisie gegen die RAF-Genossen entschlossen entgegenzutreten.

Es war auch völlig richtig, daß wir anlässlich der Hinrichtung des Richters Drenkmann erklärten: Diesem hohen Funktionär des kapitalistischen Staates weisen wir keine Träne nach, das war kein Mord, diese Tat ist moralisch tausendmal gerecht. Dabei machten wir allerdings einen wichtigen Fehler. Wir zeigten nicht, wie diese Tat, wie die RAF politisch zu beurteilen ist. Die Tat moralisch zu rechtfertigen heißt eben nicht, den Terrorismus unter den gegebenen Bedingungen als politisches Kampfmittel zu rechtfertigen.

Lenin schrieb dazu: „Der Parteitag lehnt den Terror d.h. das System individueller politischer Morde als Mittel des Kampfes entschieden ab, da es ein gegenwärtig höchst unzweckmäßiges Mittel ist, das die besten Kräfte von der wichtigsten und dringend notwendigen Organisations- und Agitationsarbeit ablenkt, die Verbindung der Revolutionäre mit den Massen der revolutionären Bevölkerungsklassen zerstört und sowohl bei den Revolutionären als auch bei der Bevölkerung im allgemeinen völlig verkehrte Vorstellungen von den Aufgaben und Methoden des Kampfes gegen die Selbstherrschafft weckt.“ (Bd. 6, S. 473)

Weil wir diese klare Kritik an der falschen Politik der RAF während der Hungerstreik-kampagne nicht leisteten, fragten sich viele: Was unterscheidet die ROTE HILFE denn von der RAF?

Nach dem Hungerstreik aber, als wir diesen Fehler teilweise erkannten, zogen wir eine falsche Konsequenz. Wir nahmen die Fehler der RAF, ihre schädliche Politik zum Vorwand, um das Einstellen unserer praktischen Solidarität zu begründen.

Aber werden denn die Genossen in Isolierhaft gehalten wegen ihrer Fehler? Niemals. Sie werden unterdrückt, weil sie an der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution festhalten.

Die Einstellung der Solidarität war ein Zurückweichen vor der ganzen Hetze der Bourgeoisie, war die Angst, konsequent und ständig unter der Bevölkerung die Gerechtigkeit der revolutionären Gewalt zu propagieren, war ein Zurückweichen vor dem Modernen Revisionismus, der uns weismachen will: Die RAF-Genossen sind selbst Schuld an ihrer Unterdrückung.

Wenn es um Solidarität gegen den Terror der Bourgeoisie geht, Fehler in den Vordergrund zu schieben, das verstößt gegen ein grundlegendes Prinzip in unserem Programm, denn dort heißt es: „Sie (die ROTE HILFE) entfaltet so breit wie möglich die proletarische Massen Solidarität mit allen revolutionären politischen Verfolgten.“ Deshalb müssen wir Selbstkritik üben.

Den gleichen Fehler haben wir auch gegenüber dem Genossen Horst Mahler gemacht. Es stimmt natürlich, daß wir in vielen Punkten die Position des Genossen für falsch und opportunistisch halten, aber dennoch steht eindeutig fest: Er wurde wegen seiner revolutionären Gesinnung verurteilt (siehe dazu den Artikel auf dieser Seite), trotz des Terrors kämpft er weiter. Deshalb ist es auch unsere

Am 29.10. fand in Duisburg der Berufungsprozeß gegen Professor Domdey aus Westberlin statt. Er war in erster Instanz zu 3000,- DM Strafe verurteilt worden, weil er eine Presseerklärung zum Mord an Günter Routhier herausgegeben hatte. Außerdem läuft gegen den Genossen ein Disziplinarverfahren, vor allem, weil er einen Wahlauftrag der Gruppe Rote Fahne (KPD) unterzeichnet hatte.

In einer Vollversammlung der „Freien Universität“ in Westberlin hatten sich 3000 Studenten für seinen Freispruch ausgesprochen. 60 Studenten begleiteten ihren Professor nach Duisburg zum Prozeß. Vor dem Kaufhaus Karstadt, das dem Gericht gegenüberliegt, hielten sie eine Kundgebung ab. Ein riesiges Polizeiaufgebot war aufgeföhren. Als Professor Domdey rief: „Da ist die Duisburger Polizei, weil wir die Wahrheit sagen, daß Günter Routhier von der Polizei erschlagen wurde!“ war das für sie das Stichwort zu einem brutalen Einsatz.

Pflicht, Freiheit für ihn zu fordern, praktische Solidarität mit ihm zu üben. Verweigern wir ihm die Unterstützung, dann teilen wir die Solidarität.

Wir üben Selbstkritik, daß wir vom Prinzip der Unteilbarkeit der Solidarität abgewichen sind, dennoch ist es notwendig, etwas zur Kampagne „FREIHEIT FÜR HORST MAHLER“ zu sagen, die die RH e.V. gegenwärtig durchführt. Beim Lesen der Aufrufe der RH e.V. kann ein unbefangener Leser glauben, die Verurteilung von Horst Mahler sei ein Einzelfall von Gesinnungsjustiz. In Wirklichkeit wurde bei Horst Mahler nur besonders offen und deutlich in faschistischer Manier die revolutionäre Gesinnung verurteilt. Aber auch in den anderen RAF-Prozessen geht es um die Gesinnung, auch dort fehlen die Beweise, genauso war es auch bei der Verurteilung der Kämpfer des ROTEN ANTIKRIEGSTAGES.

Der wichtigste Grund für die Terrorurteile bei allen aber ist stets gewesen, daß sie sich in den Prozessen mutig und offen zur revolutionären Gewalt gegen den kapitalistischen Staat bekannt haben. In der Zeitung der RH e.V., Nr. 8/75, wird dies allerdings verschwiegen, es werden andere Stationen von Mahlers politischem Lebenslauf herausgestellt, sein mutiges Auftreten als Verteidiger, sein Kampf gegen die Verbrechen des US-Imperialismus in Vietnam, sein Kampf gegen die Springer-Presse usw., das sei der wahre Grund für diese Terrorurteile gewesen.

Unserer Meinung nach rückt hier sowohl Horst Mahler als auch die RH e.V. ab von dem, was er in seinem Prozeß offensiv verteidigte, daß nämlich gegen diese Ausbeuter nur die gewaltsame Revolution hilft. Damit rückt Horst Mahler und die RH e.V. auch von der Solidarität mit den übrigen RAF-Genossen ab. Deshalb ist von ihnen und den übrigen politischen Gefangenen nirgendwo mehr die Rede in dieser Kampagne. Die Forderung „FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN“ fehlt völlig. Die Solidarität wird geteilt, die Kampagne hat dadurch eine spalterische Tendenz. Dies ist sehr schädlich und wir fordern die Genossen der RH e.V. und Horst Mahler daher auf, diesen Fehler zu korrigieren.

Unserer Meinung nach hat dieser Fehler seine tiefere Ursache in der grundlegenden Haltung der RH e.V. zur revolutionären Gewalt und zur gewaltsamen Revolution.

Früher lehnten die Genossen es überhaupt ab, daß die ROTE HILFE diesen Punkt in ihrem Programm hat, das Programm der RH e.V. enthält diesen Punkt auch nicht und häufig haben sie der RHD dieses Bekenntnis zur gewaltsamen Revolution zum Vorwurf gemacht. Das zeigte sich praktisch in der Beurteilung der Hinrichtung von Drenkmann. Sie wurde (übrigens auch von Horst Mahler) als „konterrevolutionärer Gewaltakt wildgewordener Kleinbürger“ verurteilt, ohne daß dies bis heute selbstkritisch zurückgenommen worden ist. Wer so vor dem Druck der Bourgeoisie zurückweicht, kann auch keine Solidarität mit allen politischen Gefangenen üben. Hier hilft nur eine grundlegende Selbstkritik.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

dazwischen zu stellen. Viele riefen „Helfst ihnen doch!“ Die Polizisten versuchten äußerst brutal, möglichst viele Personen festzunehmen: Selbst an einem 9-jährigen Kind vergriff sich die Polizei, weil sie in seiner Tasche Flugblätter vermutete. Insgesamt wurden 14 Personen festgenommen, darunter auch Prof. Domdey.

Beim Prozeß selbst konnte ein Erfolg erkämpft werden: Die Anklage wegen Verunglimpfung der BRD wurde zurückgenommen, stattdessen wurde Domdey wegen Beleidigung der Organe der BRD zu 750 DM ver-

Von Norman Bethune lernen!

In der Nacht vom 12. auf den 13. November 1939, also vor 36 Jahren, starb Dr. Norman Bethune in dem befreiten Gebiet von Hopenh, China.

Das Vorbild dieses Arztes und Kommunisten, der wenige Kilometer, oft wenige hundert Meter hinter den Schlachtfeldern des spanischen und chinesischen Befreiungskrieges seine mobilen Sanitätsstationen aufmachte und manchmal 40-50 Stunden hintereinander eine schwere Operation hinter der anderen durchführte, dabei unzähligen verwundeten Soldaten das Leben rettete, veranlaßte Mao Tse-tung zu folgenden Worten:

„Der dem Genossen Bethune eigene Geist der absoluten Selbstlosigkeit und der absoluten Hingabe für andere fand seinen Ausdruck in einem äußerst tiefen Gefühl der Verantwortlichkeit für die Arbeit und in einer äußerst warmen Herzlichkeit zu den Genossen und zum Volk. Jeder Kommunist muß von ihm lernen...“

Wir alle müssen von ihm den Geist der Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit lernen. Davon ausgehend kann man ein Mensch werden, der dem Volk großen Nutzen bringt.“ (Ausgewählte Werke II, S. 392)

Dr. Norman Bethune war Kanadier. Er war einer der bestverdienenden Ärzte dort. Während der großen Weltwirtschaftskrise 1930 kam er immer mehr dahinter, daß er so gut und so viele Operationen (besonders an Tuberkulosekranken) durchführen konnte, wie er nur irgend schaffte, daß aber die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen immer noch mehr Menschen ins Elend, in Hunger und Krankheit warfen. Zufällig kam er 1935 einmal in eine Demonstration, die von bewaffneter Polizei niedergedrückt wurde, und half sofort.

In der jetzt erneut veröffentlichten Biografie über ihn heißt es dann:

„Am nächsten Tag saßen einige Leiter der ‚Vereinigung der Arbeitslosen von Montreal‘ in ihrem dunklen Büro beisammen, als plötzlich die Tür aufging und ein gut angezogener Herr hereinspazierte. ‚Ich bin Dr. Norman Bethune‘, sagte er und überreichte ihnen seine Visitenkarte. ‚Ich werde jeden, den Sie zu mir schicken, ob Mann, Frau oder Kind, gratis behandeln. Ich hoffe bis nächste Woche noch zehn andere Ärzte gefunden zu haben, die bereit sind, das gleiche zu tun...‘“

So begann seine ‚Rote Hilfe‘. Das ‚Komitee für Hilfe an das demokratische Spanien‘ fragte ihn, ob er als Leiter einer Feldambulanz nach Spanien gehen würde. Bethune sagte zu. Er organisierte in Spanien von Madrid aus eine Blutbank und fuhr selber hinter die Front bei Madrid, bei Casa del Campo, bei Malaga, bei Almeria. Im feindlichen Feuer machte er Bluttransfusionen, operierte und versorgte die Soldaten des Volkes, die Bevölkerung, die Kinder.

Infolge der neuen Methoden der Blutübertragungen an der Front, die Bethune einge-

führt hatte, war die Zahl der Todesfälle unter den Verwundeten stark zurückgegangen, an manchen Abschnitten bis zu 75 Prozent!

Bethune fuhr 1937 nach Nordamerika zurück, um durch eine Werbekampagne die Blockade der „neutralen“ Mächte Amerika, Kanada, England gegen Volksspanien zu durchbrechen. Er trat in die kanadische Kommunistische Partei ein.

Und dann ging er nach China. Er schrieb in einem Brief: „Die Tatsache, daß ich nach Spanien gegangen bin, gibt mir nicht das Recht, von nun an die Hände in den Schoß zu legen. ... Ich gehe nach China, weil dort die Not am größten ist und weil ich dort am meisten helfen kann.“

Er schlug sich nach Yenan, zum „Sondergebiet“, in dem die Volksmacht regierte, durch. Als er Mao Tse-tung berichtete, daß 75 % der Verwundeten durch sofortige Hilfe in „fliegenden Lazaretten“ hinter den Schlachtfeldern gerettet werden könnten, sagte Mao entschlossen: „Dann liegt alles klar. Sie müssen sofort das erste fliegende Lazarett errichten.“

Bethune begleitete 1938/39 mit einer kleinen Gruppe nun die Soldaten und Schlachten im Wutai-Gebirge. Er legte mit einfachen Sanitätern und Bauern in 5 Wochen ein vorbildliches Hospital in einem Dorf an. Er gab eine Schulungsbrochüre heraus und schrieb ein leichtverständliches Lehrbuch der Medizin im Partisanenkrieg.

Er sagte den chinesischen Genossen: „Wir müssen die gute Technik lernen. Warum müssen wir das? Weil in der Medizin und in der Chirurgie eine gute Technik bedeutet, daß die Patienten schneller gesund werden, daß sie weniger Schmerzen leiden, daß sie sich

wohler fühlen, daß es weniger Kranke und weniger Krüppel gibt. Das alles gehört zu unseren Aufgaben. Wir können nur eine Antwort geben, eine Entschuldigung dafür nennen, daß wir nicht an der Front sind, wenn unsere Soldaten fragen: ‚Was tut ihr im Befreiungskrieg?‘“

Und diese Antwort lautet: ‚Wir heilen die Verwundeten und Kranken.‘ Vielleicht wollen sie dann wissen, ob wir Erfolg haben und wir werden ihnen sagen, ‚Wir tun was wir können.‘ Aber an diese Worte müssen wir immer denken... Tun wir wirklich, was wir können?‘

Bethune war immer auf Verbesserungen aus. Er schlief nicht, solange Verwundete auf ihn warteten. Er operierte noch, als die Japaner schon auf wenige hundert Meter an das Dorf mit dem fliegenden Lazarett herangekommen waren. Dabei zog er sich eine Verletzung zu und erlitt eine Blutvergiftung. Seine Genossen trugen ihn nächtelang durch

die feindlichen Linien, durchs Gebirge. Nachdem er gestorben war, und der Radiodienst der Achten Armee die Nachricht verbreitete, stürmten Soldaten an der Front mit seinem Namen als Schlachtruf auf die Japaner los und besiegten sie.

Jeder Rote Helfer muß von diesem hervorragenden Menschen lernen.

Die Biografie

ARZT AUF DREI KONTINENTEN
von Ted Allen und Sydney Gordon

erschien jetzt im Rotfront-Verlag, Kiel, mit einem Geleitwort von Joshua S. Horn. Sie kann bei der GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS 2 Hamburg 11, Postfach 11 1649 bestellt werden.



Die Täter haben nichts zu befürchten

Mitte September war in Bochum der Angestellte Gerhard Send auf dem Weg von seiner Stammkneipe nach Hause von mehreren Zivilpolizisten überfallen und von über 20 Kugeln niedergestreckt worden. Eine andere Passantin wurde durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verletzt.

Die Bochumer Bevölkerung war empört über diesen Polizeiterrror. Polizei und Staatsanwaltschaft versuchten die Wogen zu glätten und versprachen eine „genaue unabhängige Untersuchung“. (Wir berichteten darüber in der RHZ 7/75)

Waren die bürgerlichen Zeitungen anfangs voll von immer neuen Meldungen über den „Fortschritt der Ermittlungen“, so wurde es mit der Zeit immer stiller um den „Fall Send“. Hinter den Kulissen aber gab es ein geschäftiges Treiben. Der Polizeipräsident, die Staatsanwaltschaften aus Bochum und Hamm, Herren aus dem Innenministerium, sie alle „untersuchen“ eifrig. Ab und zu gab es dann Verströmungen: „Die Untersuchungen gestalten sich schwierig“ oder „Wir gehen gewissenhaft jeder einzelnen Spur nach“, so hieß es dann in der bürgerlichen Presse. Sicher, sie gingen jeder Spur nach, aber nur, um sie zu verwischen!

In der Zwischenzeit wurden zwei erneute Fälle brutalen Polizeiterrors bekannt. Die Polizei hatte einen Jugendlichen wie ein Tier niedergeschossen, nachdem sie ihn in seinem Wagen gestoppt hatten, er war „in Schlangenlinien“ gefahren. Einem anderen jungen Mann, einem 19-jährigen Maler, schlug ein Polizist zweimal mit dem Knauf seiner Pistole auf den Kopf, nachdem er ihn zu Boden geworfen hatte. „Eine bedauerliche Reflexbewegung des Polizisten“ hieß es hinterher. Der Maler mußte mit doppeltem Schädelbasisbruch ins Krankenhaus. Sogleich versuchte die Staatsanwaltschaft ein Lügengebäude zu konstruieren, um die Polizisten zu decken, doch Zeugen bestätigten in beiden Fällen, daß die Polizisten aus nächster Nähe kaltblütig geschossen, bzw. zugeschlagen haben.

Nun sah sich sogar der Innenminister von NRW, Burkhard Hirsch, veranlaßt, persönlich einzugreifen. Er selbst glaube an einen „Un-

glücksfall“, sei aber daran interessiert, daß auch diese Fälle „in aller Gründlichkeit“ untersucht werden. Hirsch will, so die WAZ, „alles darauf anlegen, daß nach diesem und dem vorausgegangenen brisanten Vorfall am Schauspielhaus „Ruhe“ einkehren und die Bevölkerung gewisse Emotionen unbesorgt abbauen kann“. Und Hirsch hat auch eine Erklärung für diese „Unglücksfälle“. „Er räumt ein“, so schreibt die WAZ, „daß die Schießausbildung seiner Beamten nicht ‚intensiv genug‘ ist. Dieser Teil der Ausbildung müsse um vieles verbessert werden.“

Zynischer geht es kaum noch, denn im Klartext heißt dies doch nichts anderes als: Wenn die Polizei schon schießt, dann aber auch richtig, dann soll auch kein Opfer des Polizeiterrors am Leben bleiben und hinterher davon zeugen können.

Ein paar Tage später wird vielen Bochumern endgültig klar, was von „unabhängigen Ermittlungskommissionen“ zu halten ist.

Sechs Wochen nach dem Überfall auf G. Send erklärt der leitende Oberstaatsanwalt Engwitz, der immer sehr eifrig ist, wenn es gegen Kommunisten und andere Revolutionäre geht, daß gegen den Polizisten, der die entscheidende Kugel auf Send abgefeuert hat, kein Verfahren eingeleitet wird, da er in „putativer Notwehr“ gehandelt hat. Die anderen Polizisten bleiben natürlich auch unbehelligt, sie haben ja alle in Notwehr geschossen ... über 20mal.

Im Falle der angeschossenen Studentin, räumt Engwitz ein, sehe die Lage anders aus, aber eine „mögliche Anklage wegen fahrläs-

siger Körperverletzung im Amt könne auch hier nicht erhoben werden, da kein Beschuldiger zu ermitteln ist“. Man habe zwar 20 Kugeln gefunden, doch die, die die Studentin getroffen hat, war nicht dabei, so könne man den Täter nicht ermitteln.

Fein haben diese Herren sich das ausgedacht, aber halten sie denn die Bevölkerung wirklich für so dumm, daß sie glauben, solche „Erklärungen“ abgeben zu können?

Dreimal hat die Bevölkerung allein in Bochum in den letzten fünf Wochen den Polizeiterrror in seiner brutalsten Form erlebt, gleichzeitig konnte sie sehen, wie die Täter ungeschoren blieben, nicht nur in Bochum. In München wurde zur gleichen Zeit der Mörder von Erich Wiesneth zu 9 Monaten auf Bewährung verurteilt, aber schon jetzt ist klar, daß er in nächster Instanz freigesprochen wird, denn sowohl Staatsanwalt als auch Gericht sehen den Tod Erich Wiesneths als einen „Unglücksfall“ an, den im Grunde der Ermordete sich selbst zuzuschreiben hat.

Wenn diese Herren aber glauben, sie kön-

nen die Bevölkerung mit zynischen und arroganten „Erklärungen“ beruhigen, dann irren sie sich. Sie selbst haben damit nur vielen Werktätigen die Augen geöffnet: die Mörder in Uniform sind gedeckt, sie haben nichts zu befürchten. Es sind aber nicht einzelne Polizisten, die aus dem „Rahmen fallen“, der gesamte Polizeiapparat ist es, der als Instrument des Staates die werktätige Bevölkerung terrorisiert.

Justiz, Polizei und bürgerliche Presse, sie alle ziehen an einem Strang, wenn es darauf ankommt, die Verbrechen der Polizei zu vertuschen, sie alle handeln im Auftrag des Staatsapparates, das hat sich wieder deutlich gezeigt.

Die OG Bochum der RHD wird eine kleine Broschüre über den Polizeiterrror machen und unter der Bevölkerung verbreiten. Sie wird an der Empörung der Bevölkerung ansetzen und die Kampfperspektive aufzeigen: wenn man den Polizeiterrror abschaffen will, dann muß man diesen Staat bekämpfen, denn es ist der Staatsapparat, der diesen Terror deckt und befiehlt.

Kein Vertrauen in die Klassenjustiz!

Der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof hat entschieden: Die Landesregierung Baden-Württemberg darf mit dem Bau des Atomkraftwerkes in Wyhl beginnen.

Sofort nach Bekanntwerden des Urteils zogen ca. 600 Bauern und Winzer mit ihren Traktoren zum Baugelände und besetzten es, um den Baubeginn zu verhindern.

Landesregierung und Justiz versuchen mit allen Mitteln, diese Kampfentschlossenheit der Bauern und Winzer zu brechen. Mit dem faulen Trick, die „endgültige gerichtliche Entscheidung“ noch weiter hinauszuzögern, versuchen sie, Zeit zu gewinnen und in der Zwischenzeit die Wyhler mit Drohungen und Versprechungen zur Beendigung der Besetzung zu bewegen. Wenn ein Teil der Bürgerinitiativen diesen Manövern auf den Leim ging und die „vorübergehende Räumung“ des Bauplatzes gegen zweifelhaft Versprechungen be-

schloß, so führt dieser Weg unweigerlich in die Niederlage. Der Staatsgewalt von Landesregierung, Polizei und Justiz können die Kaiserstühler nur mit der gerechten Gewalt des Volkes begegnen. Einen anderen Weg, den Bau des Kernkraftwerkes zu verhindern, gibt es nicht.

Sollten die Bauern und Winzer auf diesem Weg durch die zu erwartenden Terrormaßnahmen von Polizei und bürgerlicher Klassenjustiz in Schwierigkeiten geraten, so steht hinter ihnen die Rote Hilfe. Verschiedene Ortsgruppen haben bereits Spendenbeträge für den Kampf der Bevölkerung von Wyhl überwiesen.

Sammlung der Roten Hilfe verboten

Am 12.9.75 verbot die Stadt Kiel eine Spendensammlung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS zur Unterstützung ihrer Arbeit und speziell zur Unterstützung der politisch Verfolgten und ihrer Angehörigen.

In der Begründung für das Verbot der Sammlung heißt es: eine Sammlung kann verboten werden, „wenn Gefahr besteht, daß durch die Verwendung des Sammlungs-ertrages die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört wird.“

Diese Voraussetzungen liegen in Ihrem Fall vor. Nach gesicherten Erkenntnissen der dafür zuständigen staatlichen Stellen handelt es sich bei der Rote Hilfe Deutschland um eine Hilfsorganisation der KPD/ML. Es ist allgemein bekannt und bedarf keiner näheren Begründung, daß es sich bei der KPD/ML um eine Vereinigung handelt, die verfassungsfeindliche Ziele anstrebt und deren politisches Handeln und Wirken abgestellt ist auf eine Veränderung unserer Verfassungs- und Rechtsordnung. Ob bereits deswegen die Erlaubnis zu versagen ist, mag dahinstehen. In dem vorliegenden Antrag wird jedenfalls ausdrücklich abgehoben, daß der Sammlungsbeitrag der allgemeinen Arbeit der RHD und speziell der Unterstützung sogenannter politisch Verfolgter dienen soll. Die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland kennt weder begrifflich noch der Sache nach den durch unseren Staat politisch Verfolgten. Offenbar hat die Antragstellerin eine Personengruppe im Auge, die entweder durch rechtskräftige Verurteilungen, unabhängiger Gerichte oder auch durch sonstige rechtmäßige staatliche Maßnahmen Einschränkungen in ihrem persönlichen Bereich einnehmen mußte.

Es würde nun aber diese rechtmäßigen Maßnahmen unseres Staates zur Abwehr von Verfassungsgegnern vereiteln, wenn gleichzeitig durch materielle und die dadurch zum Ausdruck gebrachte ideelle Unterstützung den Verfassungsgegnern geholfen würde. Die Sachlage ist vergleichbar mit dem strafrechtlichen Grundsatz, wonach der Straftäter selbst die Strafe tragen muß.

Es kann deshalb nicht bingenommen werden, daß für diese Personengruppe öffentlich um Geldspenden gebeten wird; die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die unsere Verfassungs- und Rechtsordnung bejaht und diese auch für verteidigungswürdig hält, würde sich durch die Erteilung der beantragten Erlaubnis gestört fühlen.

So also ist das, es gibt gar keine politischen Verfolgten in der Bundesrepublik und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt diesen Staat. Warum aber hat dann die Bourgeoisie solche Angst vor einer Sammlung, warum verbietet sie dann eine solche Aktion, wenn doch ohnehin niemand Sympathien dafür hat?

Die Bourgeoisie weiß genau, wie erlogen diese Verbotsbegründung ist. Sie versucht zwar immer wieder, uns weiszumachen, daß es bei uns keine politisch Verfolgten gibt, daß alle, die aufgrund ihrer revolutionären Gesinnung verfolgt werden, weil sie z.B. ein Flugblatt verteilt haben oder als Verantwortlicher dafür unterzeichneten, im Grunde „Kriminelle“ sind. Doch die Bourgeoisie sieht auch, daß diese Hetze immer weniger zieht, sie versucht daher, zu verhindern, daß die Fälle der politischen Unterdrückung bekannt werden. Sie hat nämlich Angst vor der Empörung der Massen. Und sie weiß auch, daß immer mehr diese Empörung in Solidarität umzusetzen, daß immer mehr Menschen auch bereit sind, zu spenden und so mit ihren Groschen den Kampf gegen die politische Unterdrückung unterstützen.

Deshalb hat sie die Kieler Spendensammlung verboten. Aber die Kieler Ortsgruppe der RHD hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie hat sich durch diesen Angriff auf die Solidarität der Massen nicht einschüchtern lassen, sie hat dieses Sammelverbot durch Flugblätter breit bekannt gemacht.

Die RHD wird sich durch solche Verbote nicht davon abhalten lassen, auch in Zukunft die Solidarität der Massen zu organisieren, in Haus- und Straßensammlungen

7 Monate Gefängnis für M. Peleikis

Am 5. Nov. wurde in Kiel Genosse Martin Peleikis, Presseverantwortlicher der KPD/ML in Kiel und Umgebung, zu 7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Er war vor das bürgerliche Klassengericht gezerrt worden, weil er antimilitaristische Flugblätter unterzeichnet hatte. In dem Prozeß gegen Genossen Peleikis hatte die Klassenjustiz alle Register des Terrors gezogen.

Am 21.10., dem zweiten Verhandlungstag zwang das Gericht Martin Peleikis, der einen Wahlverteidiger hatte, nach bewährter Stammheimer Manier zusätzlich einen Pflichtverteidiger auf, weil angeblich die Gefahr bestehe, daß der Wahlverteidiger den Prozeß sabotiere. Dieser Zwangsverteidiger war niemand anders als der Faschist Bross, der bei den Nürnberger Prozessen „aus voller Überzeugung“ Hermann Göring verteidigt hatte!

Als das aufgedeckt wurde, war es dem Gericht verflucht peinlich. Durch das mutige Auftreten von Genossen Peleikis und dem Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML als Zeugen, der die Anklage auseinanderplückte, war das Gericht gezwungen, die Anklage des „Aufrufs zur Tötung“ in „Aufruf zur Meuterei“ umzuwandeln.

Durch diese Niederlage getroffen, holte die Klassenjustiz am 28.11. zu einem neuen Terroranschlag aus. Sie ließ Martin Peleikis mitten aus einer Betriebsratssitzung heraus verhaften (Er ist Betriebsratsvorsitzender in

einem Kieler Bierverlag). Er erhielt nicht einmal Gelegenheit, seine Frau und seinen Rechtsanwalt zu benachrichtigen. Dies tat zum Glück seine Kollegen.

Als Begründung für die Verhaftung gab das Gericht an, daß der Genosse zu einem an diesem Tag festgesetzten Prozeßtermin nicht erschienen war. Sein Rechtsanwalt hatte allerdings dem Gericht schriftlich mitgeteilt, daß er an diesem Tag, wo er sein Plädoyer halten sollte, nicht könnte. Normalerweise wird dann der Termin verschoben. In diesem Fall aber hatte sich das Gericht schon ausgerechnet, daß dann der Faschist Bross das Plädoyer halten könnte. Dies wurde durch das Nichterscheinen des Genossen verhindert. Darum wurde er verhaftet.

Am nächsten Prozeßtag war der Zuschauer-raum voll. Die Aufhebung des Haftbefehls konnte er kämpft werden.

NIEDER MIT DEM TERRORURTEIL!

FREIHEIT FÜR MARTIN PELEIKIS!

Gefängnisstrafe gefordert

Seit dem 17.9.75 steht in Duisburg der Genosse Hanfried Brenner von der KPD/ML vor dem bürgerlichen Klassengericht. Bei Hanfrieds Arbeitsgerichtsverhandlung im letzten Jahr gegen die Mannesmann-Kapitalisten wurde Günter Routhier ermordet. Die wesentlichen Anklagepunkte gegen Hanfried beziehen sich auf diesen Polizeüberfall und die Verbreitung der Wahrheit über diesen Mord. „Beleidigung“, „Verächtlichmachung der BRD“, „Volksverhetzung“ und „schwere Körperverletzung“ (ein angeblicher Tritt gegen die Wade eines Polizisten bei dem Überfall) so lauteten die Anklagepunkte gegen Hanfried. Am letzten Verhandlungstag forderte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung.

Aus Anlaß des Prozesses führten Genossen der Ortsgruppe Duisburg der RHD ein Gespräch mit Genossen Brenner, aus dem wir einige Auszüge veröffentlichen. Der vollständige Text des Interviews erscheint in Kürze in einer Dokumentation über den Prozeß, die die Duisburger Genossen erstellen. Sie ist über das Büro der RHD in Dortmund zu bestellen.

RHD: Genosse Hanfried, Du sagtest am Anfang, daß das Gericht alles versuchte, um den Mord zu vertuschen. Wie war es möglich, daß dies alles dort ans Tageslicht kam?

H.B.: Man muß davon ausgehen, daß wir hier eine bürgerliche Klassenjustiz haben, die nicht daran interessiert ist, die Wahrheit herauszufinden. Im Gegenteil, es wurde alles versucht, um den Mord zu vertuschen. Ihr Ziel war es von vornherein, mich zu verurteilen. Aber trotz massiver Unterdrückungsmethoden, mit denen man mich mundtot machen wollte (Genosse Hanfried erhielt insgesamt 2600,- DM Ordnungstrafen, ersatzweise 21 Tage Haft - d. Red.), wurden die Lügen von Polizei und Justiz für jeden so offensichtlich, daß z.B. ein Kollege von Mannesmann, der als Zuschauer gekommen war, während der Verhandlung fragte: „Wer ist hier eigentlich der Angeklagte?“

RHD: Die Bourgeoisie hat bisher mit verschiedenen Mitteln versucht, den Mord an Günter zu vertuschen. Z.B. durch Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Obduktion, Beschlagnahme der Krankengeschichte. Wie sah das beim Prozeß aus?

H.B.: Natürlich hat die Bourgeoisie das auch bei meinem Prozeß vorgehabt. Aber wir konnten den Mord klar aufzeigen. Auch der Rechtsvertreter von Mannesmann mußte bestätigen, daß Günter in die Stuhlleihen flog...

H.B.: schildert dann, wie die Polizisten von ihm und seinem Rechtsanwalt gehörig in die Mangel genommen wurden, so daß schließlich die Tatsachen ans Licht kamen. Er fährt später fort:

„Ich habe am letzten Tag der Beweisaufnahme zum ersten Mal die Erkennungsdienst-Photos von Günter gesehen, die einige Stunden nach dem Überfall aufgenommen wurden. Ich war erschüttert, in welchem Zustand Günter nach dem Sturz und den anderen Mißhandlungen durch die Polizei war. Die Photos zeigen einen total zerschlagenen Menschen. Kein Wunder, daß, wie es in der Krankengeschichte steht, das Unfallkrankenhaus Buchholz den Verdacht auf Schädelbasisbruch äußerte und die Ärzte Schädelprellungen und Schulterprell-

RHD: Genosse Hanfried, Du sagtest am Anfang, daß das Gericht alles versuchte, um den Mord zu vertuschen. Wie war es möglich, daß dies alles dort ans Tageslicht kam?

H.B.: Vor allem war das Gericht durch den wochenlangen Kampf der Partei, der RHD und anderer revolutionärer Organisationen in die Enge getrieben worden. ... Daneben ist der Justiz noch eine Panne passiert, durch die die bislang verschwundene Krankengeschichte und fünf Bildmappen wieder ans Tageslicht kamen.

... Allerdings auch nach dem Auftauchen der Krankengeschichte und der Bildmappen versuchte das Gericht, sie als Beweismittel zu unterdrücken. Der Rechtsanwalt erhielt nur eine halbe Stunde Einsicht in die Akten und der Antrag auf Verlesung einiger Abschnitte aus der Krankengeschichte wurde abgelehnt. ...

RHD: der Krankengeschichte wurde abgelehnt. ...

RHD: Genosse Hanfried, der Staatsanwalt hat eine Gefängnisstrafe von einem Jahr ohne Bewährung gefordert. Inwiefern war dennoch der Prozeß ein Erfolg?

H.B.: Auf der einen Seite ist der Prozeß selbst und der Strafantrag des Staatsanwalts Ausdruck der weiteren Faschisierung des Staatsapparates. Zum ersten Mal seit dem Verbot der alten KPD soll wegen einer Pressestrafsache eine Gefängnisstrafe verhängt werden.

Auf der anderen Seite zeigt der Prozeß, daß der Stein, den die Bourgeoisie erhoben hat, auf ihre eigenen Füße gefallen ist. Der Prozeß hat vielen Menschen die Augen geöffnet über diesen Staat. Man kann sagen, daß aufgrund des Kampfes der Partei, der RHD und anderer revolutionärer Organisationen ein bedeutender Teil der Duisburger Bevölkerung weiß, was sich hier im Gerichtssaal abspielt. ...

Es ist sicherlich mit das Ergebnis unserer Agitation und Propaganda, daß sich Passanten schützend vor Genossen stellten, als die Polizei letzte Woche eine Kundgebung der GRF (KPD) überfiel.

Zum Prozeß selbst kamen immer wieder



Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!

PROZESSTERMINE

11.11., 9.00 Uhr Amtsgericht Recklinghausen, Neubau Zimmer 25, Prozeß gegen Falko S., ehemaliger Presseverantwortlicher der Roten Hilfe in Recklinghausen wegen „Verächtlichmachung“ und „Beleidigung der Polizei“ in Flugblättern gegen den Mord an Günter Routhier.

12.11., 10 Uhr, Amtsgericht Bochum, Zimmer 29, gegen Marion Harries, Presserechtlich Verantwortliche der KPD/ML in Bochum, ebenfalls wegen „Verächtlichmachung“ und „Beleidigung“ von Gewerkschaftsfunktionären.

28.11., 3.12., 10.12., 19.12., jeweils um 9 Uhr, Amtsgericht Duisburg, Zimmer 179, gegen Genossen, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung von H.B. dabei waren.

18.11., Amtsgericht Kassel, Raum 123, Prozeß gegen zwei Genossen der KPD/ML und einen der GRF (KPD) wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „Beleidigung“ von Polizisten, weil sie im letzten Jahr militant gegen einen Propagandastand der NPD-Nazis gekämpft hatten.

FREIHEIT FÜR DIE VIER TURKISCHEN PATRIOTEN!

Der schon seit einiger Zeit andauernde Prozeß gegen die vier türkischen Patrioten und damit gegen die Patriotische Einheitsfront der Türkei unterscheidet sich kaum noch von den Prozessen, die gegen spanische Patrioten und Antifaschisten in Spanien geführt werden.

Eine Rote Helferin schreibt: Als wir zu dritt das Gerichtsgebäude betreten wollten, wurden wir von einem Polizisten zurückgedrängt, uns wurde gesagt - ohne Klopfen - kein Eintritt. Einzeln durften wir dann eintreten. „Paß herzeigen, Adresse angeben“, unsere Taschen wurden durchwühlt, wir nach Waffen abgetastet. „Wie im RAF-Prozeß“ stellte ich fest. Die Antwort - höhnisches Gelächter. Der Saal selbst, liegt in einem vom übrigen Gerichtsgebäude abgetrennten Turm und ist nur auf einem Weg von den Zuschauern zu erreichen und zu verlassen.

TERMINE: NOVEMBER 11., 13., 17. und 19., Gerichtsgebäude, Köln Hofplatz, Raum 234

Kollegen von Mannesmann. Für die Zuschauer blieben keine Illusionen über die Rolle des Gerichts übrig, das wurde für jedermann klar. Ebenso klar wurde, daß nur der revolutionäre Kampf, nur die Revolution dieses System beseitigen kann. Faschismus oder Revolution - darauf spitzt sich alles zu, das hat auch der Prozeß deutlich gemacht.

Abschließend versicherte Genosse Hanfried Brenner, daß auch, wenn die Bourgeoisie ihre Drohung mit der Gefängnisstrafe wahrmacht, er sich dadurch von seiner revolutionären Hal-

Polizei gegen Eltern und Schüler

Über 100 Eltern und Schüler bildeten Ketten vor den Eingängen einer Realschule in Hannover. Sie wollen einen Zwangsumzug der Realschule in eine andere Schule verhindern.

Ein Dutzend Polizisten tauchen auf: Mit Faustschlägen und Fußtrittren räumen sie den Weg frei für die Möbelpacker.

Die Eltern der Kinder der Realschule sind zu Recht der Ansicht, daß zwei Umzüge von einer Schule zur anderen in einem Jahr unzumutbar für Schüler und Lehrer sind. Schon seit langem wehrten sich Lehrer, Eltern und Schüler gegen diesen Umzug. Doch weder Petitionen an den Landtag, noch ein Streik der Schüler änderten etwas an dem Vorhaben der zuständigen Behörden.

Da versuchten Eltern und Schüler den Abtransport der Möbel durch eine Blockade der Schuleingänge zu verhindern.

Genossen der Rote Hilfe Initiative Hannover gingen in Linden mit einem Flugblatt von Haus zu Haus und sicherten den Eltern und Schülern die den Polizeiterror zu spüren bekamen ihre rickhaltlose Solidarität zu. Die Genossen berichten:

„Diese Haus-AP war für die RHD ein voller Erfolg: So erhielten wir kürzlich einen Brief von einem Fachhochschüler, der mehr über uns und unsere Arbeit wissen möchte.

Ein 16-jähriger Schüler will die RHD in Zukunft unterstützen. Ein 70-jähriger Altgenosse will Artikel für die Rote Hilfe-Zeitung schreiben. „Wenn ich nicht krank wäre, dann – so glaubt mir – wäre ich auch heute noch voll dabei“, meinte er zu uns. Desweiteren haben wir noch einige Adressen von Leuten, die Interesse haben, sich mit uns zu unterhalten.

Das Flugblatt ist recht interessiert aufgenommen worden, es ist z.B. nicht vorgekommen, daß einem Roten Helfer die Tür vor der Nase zugeschlagen worden ist.

Auch die Polizei interessierte sich offenbar für dieses Flugblatt: Bereits am Freitag tauchte sie in der Kneipe auf, wo sich die RHD trifft. Massiv schüchterten sie die Wirtin ein und „legten ihr nahe“, Anzeige zu erstatten. Ja so sind wir also aus der Kneipe rausgeflogen. Als uns die Wirtin sagte, daß wir nicht mehr offiziell kommen dürfen, hat uns eine Hausfrau gleich angeboten, daß wir unseren Stammtisch bei ihr machen könnten. ...“



Am 29. November feiert das Albanische Volk den 31. Jahrestag seiner Befreiung. Der Sieg des Sozialismus brachte dem Volk Freiheit und eine glückliche Zukunft.
ES LEBE DAS SOZIALISTISCHE ALBANIEN!

Albaniens Jugend unterstützt unsere Genossen in Haft

Wir waren im September mit einer Reisegruppe der KPD/ML im sozialistischen Albanien. Unsere Reisegruppe hatte beschlossen, für unsere Genossen in Haft, Peter, Hubert, Bernd und Schorsch, Briefpatenschaften mit der albanischen Jugend zu organisieren.

Als wir dann im Aktionslager und in der Mittelschule Elbasan den Jugendlichen von unseren Genossen erzählten, staunten wir alle, wie gut die albanische Jugend über die Lage in den kapitalistischen Ländern und die revolutionären Kämpfe unterrichtet sind. Sie fragten uns auch sofort nach dem Genossen Sascha. Als wir sie um eine Briefpatenschaft mit den Genossen baten, willigten sie sofort ein. Im Aktivistenlager schenkten sie uns auch Halstücher des Verbandes der Jugend der Arbeit Albanien und Abzeichen für die Genossen in Haft. Das war ein Beweis für ihren aktiven proletarischen Internationalismus. Für Bernd übernahm der Jugendverband des Textilkombinats Mao Tse tung die Patenschaft, für Schorsch die Pädagogische Mittelschule in Elbasan, für die beiden anderen Genossen das Aktivistenlager in Prenjaz.

Auch sonst dachten wir oft an unsere Genossen in Haft. Auf dem Abschlußabend der Reisegruppe der Liga

gegen den Imperialismus lasen wir Peters Brief vor und verkauften die Postkarten mit dem Scherenschnitt des Genossen Hubert Lehmann. 50 Mark nahmen wir allein durch den Kartenverkauf ein. An unserem Abschlußabend schrieb unsere Gruppe einen Brief an alle vier Genossen mit unseren schönsten Erlebnissen, außerdem legten wir noch einige Päckchen Partizani Cigaretten bei.

Bei all diesen Aktivitäten waren uns die albanischen Genossen ein großes Vorbild. Besonders das uns hier beeindruckt, wie das albanische Volk das Andenken seiner gefallenen Freiheitskämpfer ehrt. Die Partisanenfriedhöfe, die Denkmäler, die Museen, sie alle halten die Erinnerung wach, die Freiheit wurde blutig erkämpft, das Wüten und der Terror der Imperialisten kannte keine Grenzen, aber das Volk, geführt von seiner kommunistischen Partei, war stärker.

Die RHD betreut politische Gefangene

BESUCH BEI G. JACOBS

Am Samstag, den 25.10.75, war ich mit einem Freund von ihm zum Genossen Gerd Jacobs gefahren, der seit über einem Jahr im Gefängnis sitzt, wegen angeblicher Brandstiftung. Er ist im Gefängnis zum Revolutionär geworden, hat mit Mitgliedern der RAF in Kontakt gestanden und deshalb hat er heute mehrere Verfahren wegen Unterstützung und Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Der Genosse Gerd ist jetzt nach Rheinbach/Höhe Bonn verlegt worden. Ich war sehr erschüttert, als ich so direkt die unmenschlichen Haftbedingungen, die Isolierhaftfolter an einem Genossen in unserem Landesverband kennenlernte.

Zuerst im Gefängnis wurden unsere Personalien aufgeschrieben, dann wurden wir mit Geigerzähler auf Waffen abgetastet. Im inneren Hof des Gefängnisses wurde dann seinem Freund, der übrigens ebenfalls wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung neun Wochen in U-Haft saß, die Besuchserlaubnis entzogen – ohne Begründung, von der Gefängnisleitung. Die Begründung kann man sich denken: Gefahr „krimineller“ Verbindung!

Dann Warten im Wartezimmer auf ein Gespräch von zwanzig Minuten. Zwanzig Minuten im Monat hat der Genosse Gerd zur Verfügung, um ein menschliches Gespräch zu führen, sonst ist er völlig isoliert von Mitgefangenen, von Gemeinschaftsveranstaltungen. Einzelhofgang unter Maschinengewehren, die sonstige Zeit allein in der Zelle. Kein Fernsehen, keine Bücher von draußen.

Das Gespräch findet natürlich unter Aufsicht eines Gefängniswärters statt. Der Genosse schildert seine Situation. Er hat am 12.12.75 um 13.00 Uhr im Krefelder Amtsgericht einen Prozeß wegen Beleidigung eines Gefängniswärters, den er beschimpft haben soll mit dem Ausdruck Faschist. Eine Reihe solcher „kleinerer“ Prozesse sind die Vorbereitung des großen „129“. Er sagt es selber, er soll fertig gemacht werden wegen seiner revolutionären Gesinnung, und er soll durch die Prozesse nie mehr nach draußen kommen.

In letzter Zeit wird der Terror gegen ihn verstärkt, ein Brief ist in der letzten RH-Zeitung abgedruckt worden, er will Mitglied der RH werden, daß heißt, eine revolutionäre Organisation kümmert sich um ihn, die Bourgeoisie fürchtet zurecht, daß sein Fall bekannt wird, daß er nicht allein steht in seinem Kampf, sondern daß er über Krefeld hinaus Unterstützung findet. Er hat der RH inzwischen fünf Briefe geschrieben, von denen uns keiner erreicht hat!! Sie sind schon im Gefängnis abgegangen worden, mit der Begründung: der Kontakt zur RH ist genauso wie zur RAF kriminell. Mit der gleichen Begründung wurde die Kontaktadresse zur RH Duisburg über das Parteibüro der KPD/ML abgelehnt.

Bei dieser Behandlung kann man ganz klar sagen, da trennt diesen sogenannten Rechtsstaat nicht mehr viel von einem KZ nach Manier der Nazis, nur das heute nicht die Öffentlichkeit so weit ausgeschlossen ist wie damals, und das heißt für uns: Zu seinem Prozeß kommen, ihn unterstützen, die Solidarität mobilisieren, so daß diese Isolierhaftfolter der revolutionären Gefangenen aufgehoben wird, daß sie freikommen und die Herrschenden durch ihre Verbrechen zu Fall kommen.

Rot Front

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN
GEFANGENEN!

BRIEF VON B. TARGÜN

Liebe Freunde!

Ich rufe Euch alle auf, jetzt noch für die demokratischen Rechte der Gefangenen zu kämpfen!

Es ist schon längst eine Tatsache, daß in den Gefängnissen der deutschen Imperialisten durch die Isolierungshaft ein Terror auf die politischen Gefangenen verübt wird. Es kommt sehr häufig vor, daß die isolierten Gefangenen gleichzeitig Besuchs- und Zeitungssperre bekommen.

Jetzt gehen die Justiz-Behörden noch weiter und versuchen einfach auch die demokratischen Rechte der Gefangenen zu klauen.

Als die für mich bestellte türkische Zeitung „Cumhuriyet“ auf einmal nicht mehr kam, schrieb ich an die Behörden und fragte danach. Seit Monaten bekam ich keine Antwort auf meine Frage. Dafür aber wurde mir

durch einen JVA-Beamten mitgeteilt, die Zeitungen werden täglich zurück an die Post gegeben, weil eine Anweisung des Kammervorsitzenden Dr. De Someskoey vorliege. Die Zeitungen waren regelrecht bestellt und die Richter der Kammer weißten schon durch die Briefkontrolle Bescheid, daß ich die Zeitung bestellt habe.

Das ist ein Versuch der Richter, unsere Informationsmöglichkeiten über die Verhältnisse unserer Heimat auszuräumen, zwar durch illegale Methoden.

Das zweite Beispiel ist die Beschlagnahme der Briefe. Es genügt dem Richter nicht, die Briefe unbegründet zu beschlagnahmen, sie versuchen auch durch Geheimhaltung der Beschlagnahmung das Recht der Gefangenen zu klauen, mit dem die Gefangenen ihr Einspruchsrecht gebrauchen können. So bin ich jetzt nicht mehr sicher, ob alle meine Briefe und die Briefe an mich ihre Ziele erreichen oder nicht ...“

Baha Targün will alle fortschrittlichen Menschen auf, die Willkürakte der bürgerlichen Klassenjustiz anzuprangern, und er fordert jeden auf, die politischen Gefangenen trotz politischer Meinungsunterschiede zu besuchen.

**SCHREIBT DEN GENOSSEN INS
GEFÄNGNIS!**

STRAFGEFANGENE DER STRAF-
ANSTALT TEGEL, HAUS 1

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG
an:

Genosse Bernd REISSER, Mitglied der
Z.L. der RHD
Genosse Hubert LEHMANN
Genosse Peter BAYER
Genosse Schorsch SCHMIDT

Allen z.Zt. von der Bourgeoisie eingekerkerten Genossen, Teilnehmer des Roten Antikriegstages 72, versichern wir unsere Solidarität.

Wir, teilweise schon jahrelang in den Zwingburgen des Kapitals, fordern Eure sofortige Freilassung. Freiheit fordern wir, für alle politischen Häftlinge.

Ich, als Mitglied der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, sehe meine Aufgabe darin, da ich mich im sogenannten „Reformvollzug“ befinde, daß das Ziel dieses „Reformvollzuges“ es ist, dem Gefangenen diese Situation, wenn auch nicht als wünschenswert, so doch als erträglich darzustellen. Jedem Gefangenen, der begriffen hat, daß dieses System ihm keine Perspektive bieten kann, Reform hin, Reform her, bieten wir und die überregionale ROTE HILFE DEUTSCHLANDS erstmals eine Perspektive an, indem jeder seinen Kampf hier ganz konkret als ein Teil der Klassenkämpfe draußen auf der ganzen Welt erfährt, was schließlich seine Kampfesfähigkeit, Kampfesmut und Siegesgewißheit stärkt.

Daß man Euch in den Knast geworfen hat, ist nicht zufällig, sondern ein Schritt zur moralischen Aufrüstung des Bürgertums, der seine weltgeschichtliche Krise drohend heraufziehen sieht, die endlich das Ende des Kapitalismus bringen wird.

Man empört sich darüber, daß wir im Knast beginnen, Selbstbewußtsein statt Schuldbewußtsein zu entwickeln und Forderungen stellen, statt reumütig unsere „Strafe“ abzusetzen.

Aus diesem Selbstbewußtsein heraus fordern wir:

**FREIHEIT FÜR ALLE KÄMPFER DES
ROTEN ANTIKRIEGSTAGES!!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN
GEFANGENEN!!**

**WEG MIT ISOLATIONS- UND
VERNICHTUNGSHAFT!!**

**VORWARTS MIT DER ROTEN HILFE
DEUTSCHLANDS!!**

BUCHSPENDE

Mitglieder der RHD, Ortsgruppe Marburg, haben sich an den Buchladen „Roter Stern“ mit der Bitte gewandt, ein Buch für den Genossen Peter Bayer zu spenden. Sie schenkten dem Genossen das Buch von Makarenko „Pädagogisches Poem“ als Beitrag zur Unterstützung politischer Gefangener.

ADRESSEN

Hubert Lehmann, 889 Aichbach, JVA
Bernd Reisser, 8602 Ebrach, JVA
Peter Bayer, 61 Darmstadt, Marienburger Str. 74, JVA

Hans-Georg Schmidt, 611 Dieburg, Altstadt 25
Gerd Jacobs, 5308 Rheinbach, Aachener Str. 47, JVA

Ulrich Luther, 6308 Butzbach, Kleeberger Str. 23
Baha Targün, 5 Köln, Rochusstr., JVA
Horst Mahler, 1 Berlin, JVA Tegel

Klassensolidarität in der Bundeswehr



Leserbriefe

LIEBE GENOSSEN!

Eine Rote Helferin schneidet Bekannten und Genossen die Haare. Wer etwas bezahlen will, steckt Geld in die RH-Sammeldose, die bei ihr aufgestellt ist.

So kamen bis jetzt DM 53,- zusammen. Dies ist ein gutes Beispiel, die RHD zu unterstützen.

Rot Front, OG Kiel

An die Rote Hilfe-Zeitung!
Liebe Genossen!
Ein Kamerad berichtete mir heute, daß in der vorletzten Nacht ein Soldat nach reichlichem Genuß von Alkohol seinen Kopf durch eine Scheibe geschlagen hat. Wie kam es dazu? Er war völlig verzweifelt darüber, daß er nicht zu seiner Frau nach Hause konnte (am Wochenende).

Er hat oft nachts am Fenster gesessen und geweint, besonders als seine Frau kurz vor der Geburt eines Kindes stand und er trotz mehrfacher Bitte keinen Heimaturlaub bekam von der Bundeswehr-Bürokratie. Seine Frau hatte nun eine Fehlgeburt und das hat seine Empfindungen und Bitternis noch verstärkt. Er war das dritte Wochenende hintereinander mit Ausgangssperre belegt worden. (Die bekam er meistens aufgrund von Sachen, die aufgrund seiner Vergesslichkeit oder Gedankenlosigkeit bei der Arbeit passiert waren, denn seine Gedanken waren zuhause bei seiner Frau im Ruhrpott) Nun hatte ihm der Stabsunteroffizier der Schreibstube schon wieder versprochen, daß auch das 4. Wochenende für ihn gebognt sei, daß er außerdem aus unserer (guten) Stube weg müsse.

Das alles zusammen mit kleineren Dienstschikanen haben ihm so den Rest gegeben, daß er sich am Montagabend total besoff. So kam es dann auch, daß er plötzlich seinen Kopf durch die Scheibe haute. Als er umkippte und sein Blut sah, ging es erst richtig los: Er schnappte sich die herumstehenden Stühle, schlug sie kaputt, zerbrach den Tisch usw. Die Kameraden konnten ihn nicht mehr zurückhalten, da er sie nicht mehr sah. Ansonsten, das muß man dabei betonen, ist er ein netter, hilfsbereiter und solidarischer Kamerad der für alle Kameraden voll einsteht!

Er war in diesem Augenblick ein Produkt der aufgestauten Bundeswehraggressionen, die solche sensiblen Menschen ganz besonders kaputt macht. Die Bundeswehr ist als imperialistische Armee auch gar nicht in der Lage, auf Gefühle und Persönlichkeit eines Menschen einzugehen, denn sie hat das Ziel, den Menschen herzurichten als willenloses Instrument. Wir Soldaten sollen für die westdeutschen Imperialisten gegen das eigene Volk eingesetzt werden und vor allem in einem neuen imperialistischen Weltkrieg für die USA (über die NATO) billiges Kanonenfutter abgeben im Kampf mit ihrem Konkurrenten, der sozial-

imperialistischen Sowjetunion im Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Die Kameraden der Stube handelten im proletarischen Geist der Massensolidarität, als sie beschlossen, ihn nicht nur öfters zu besuchen, sondern darüberhinaus den Schaden für das zerschlagene Mobiliar im Rahmen der gesamten Stube zu tragen, statt es auf die Rechnung dieses Kameraden zu schreiben. Außerdem kämpfte ein Kamerad der Stube beim Hauptmann durch, daß er die folgenden zwei Wochenenden nach Hause fahren kann!

Genossen, auch das ist eine Keimform von ROTER HILFE!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

ES LEBE DIE PROLETARISCHE KLASSENSOLIDARITÄT!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Ein Genosse aus der Hindenburg-Kaserne in Oldenburg

Die Polizei, dein Feind und Killer ! Solidarität mit dem spanischen Volk

Als wir auf dem Weg nach Hause waren, kamen wir zufällig in eine Verkehrskontrolle. Wir fuhren mit dem Wagen einer Bekannten. Die Polizei forderte Einsicht in unseren Führerschein und den Kraftfahrzeugschein. Danach verlangten sie gleich unsere Personalakten, obwohl das bei einer Verkehrskontrolle nicht üblich ist. Obwohl sie Einsicht in alle Papiere hatten, fragten sie uns nach dem jetzigen Aufenthaltsort der Bekannten. Weil wir den nicht genannt haben, nahmen sie uns unter dem Vorwand des schweren Diebstahls gleich mit auf die berüchtigte Steinwache.

Hier sahen wir, daß die Polizei, unser „Freund und Helfer“, keine andere Funktion hat, als die breiten Volksmassen zu unterdrücken. Auf der Wache behandelten sie uns wie Schwerverbrecher. Wir wurden auf Waffen abgetastet. Das reichte ihnen noch nicht, danach mußten wir uns bis auf die nackte Haut ausziehen, unter Kontrolle von schwer bewaffneten Polizisten. Sie bewachten uns mit offenen Pistolen. Auch auf die Toilette konnten wir nur in „Begleitung von Polizeischutz“. Es ist zwar nach dem bürgerlichen Recht zulässig, einen Rechtsanwalt zur Hilfe zu rufen, uns wurde dieses Recht jedoch mit einem hämischen Grinsen verweigert.

Bei der Durchsuchung unserer Taschen fanden die Polizisten eine Dokumentation über die Ermordung des Genossen Routhier. Sofort schalteten sie die politische Polizei ein.

Nach fünf (!) Stunden Aufenthalt auf der Wache schleppten sie uns erst mal in den Knast in „Sicherheitsverwahrung“. Sie steckten uns in Einzelzellen. Wir haben während der ganzen Zeit auf Rechtsbeistand bestanden. In der Zelle machten wir das durch Klingeln deutlich. Reaktion? Sie drehten uns die Klingel und den Strom ab. Ohne eine Begründung hielten sie uns bis zum nächsten Mittag in den eiskalten und feuchten Zellen (Einzelzellen) fest. Bevor wir freigelassen wurden, sollten wir uns noch einem Verhör unterziehen. Dabei versuchten sie uns auf die kumpelartige Tour zu packen. Selbstverständlich haben wir keine Aussage gemacht.

Dieser Vorfall hat wieder einmal ganz klar gezeigt, wie weit die Faschisierung schon vorgeschritten ist. Unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung halten sie die Jugendlichen fest und versuchen, sie mit ihren brutalen Methoden einzuschüchtern. Die Polizei schützt nicht das Volk sondern terrorisiert es, sie hat einzig und allein die Aufgabe, die Herrschaft der Bourgeoisie zu schützen. Sobald diese Kettenhunde des Kapitals Kommunisten erwischen, unterziehen sie diese gleich einer „Sonderbehandlung“ und schikanieren sie besonders. Das Festhalten bis zum nächsten Tag hätte für uns z.B. Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten können.

NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR!

Von D'K'P-Schlägern überfallen

LIEBE GENOSSEN!

Am 24.9.75 wurden zwei Freunde der GRF (KPD) von D'K'P-Schlägern überfallen. Sie klebten gerade eine Plakatfläche der KPD vor der AG-Weser-Werft. Die beiden Genossen wurden bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen und getreten, beide mußten mit schweren Gehirnerschütterungen und schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Wir haben zweimal versucht, die Genossen im Namen der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS /Ortsaufbaugruppe Bremen zu besuchen. Beide Male wollte die Frau bei der Pforte uns nicht mehr so gerne reinlassen, nachdem wir gesagt hatten, zu wem wir wollten. Das zweite Mal sind wir aber doch reingekommen und haben mit einem der beiden Genossen (der andere war schon weg) gesprochen. Er erzählte uns, daß es nicht das erste Mal war, wo er so von der D'K'P angegriffen worden war. Er hat sich über die Blumen und unseren Besuch als Ausdruck der Solidarität sehr gefreut.

Genossen aus Bremen

Am Donnerstag, dem 16.10.75, gab es eine gemeinsame Aktion der KPD/ML, der Roten Garde und der RHD gegen eine Veranstaltung der revisionistischen S'DAJ zur Jugendarbeitslosigkeit im Frankfurter Volksbildungsheim. Um die Jugendlichen zu ködern, hatten diese Verräter am Kommunismus mit ihrer Super-Reklame – Rock – Pop – Show – Band Floh de Cologne das Lied vom reformistischen Lehrling aufgespielt, der statt gegen

die imperialistische Ausbeuterordnung zu kämpfen, lieber „seinem „Meister eins in die Presse haun soll“; und der statt 20 qm Werkstatt nur noch 10 qm fegen will.

Dieser Schwindel wurde von uns entlarvt. Die Rote Garde verteilte ein Flugblatt, in dem die revisionistischen Märchen von „Ausbildung durch den Staat“, „der Staat müsse die Kapitalisten zwingen, den Jugendlichen Ausbildung und Arbeit zu geben“, sowie „Rüstung runter, Bildung rauf“ u.ä. entlarvt wurden. Außerdem wurde der Rote Morgen und die RH-Zeitung verkauft. Wir konnten 16 Exemplare der RH-Zeitung Nr. 7 verkaufen.

Der AP-Trupp der Partei sang vor dem Volksbildungsheim und drinnen vor dem Veranstaltungssaal revolutionäre Lieder. Dabei wurde er von den D'K'P-Schlägern überfallen, und wir zogen uns langsam zurück. Es war aber nicht so, daß wir uns von den Revisionisten hatten einschüchtern lassen. Lediglich angesichts der großen Übermacht – wir waren nur ca. 25 Genossen – gingen wir geordnet und riefen dabei Parolen gegen den Revisionismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. – Die revisionistischen Schläger brüllten unterdessen wie wahnsinnig (so sind sie immer, wenn sie es mit Kommunisten zu tun haben): „Maos raus, Maos raus!“ Zur besseren Betonung dieses Gekeirches hatten sie dann auch die Polizei gerufen, die mit einer Hundestaffel anrückte. Hunde zu Hunde! Wir waren mit der Aktion fertig und ließen diese Hunde alleine.

Rot Front!

Ein Genosse aus Frankfurt

Am 20.9.75 fand in Giessen eine Demonstration gegen die Todesurteile gegen die spanischen Revolutionäre und Antifaschisten statt, zu der neben der RHD die KPD/ML, die Rote Garde, der KSV, KJVD, Rote Fahne Freundeskreis und die Liga gegen den Imperialismus aufrief, und an der auch fortschrittliche ausländische Studenten teilnahmen.

Etwa fünfzig Freunde und Genossen zogen unter revolutionären Parolen durch die Innenstadt bis in den Stadtteil Nord. Unterwegs wurden mehrere Kurzkuendgebungen abgehalten, wobei viele Passanten interessiert stehenblieben und sich einige in den Zug einreihen. Es zeigte sich, daß viele nach dem Ausweg suchten und wissen wollten, wie wir gegen die Todesurteile kämpfen können, was dagegen zu tun ist. Im Stadtteil kam eine kranke Frau aus dem Bett, zog sich einen Mantel an und öffnete das Fenster. Sie weinte vor Empörung und kaufte den Roten Morgen.

Die Empörung über das faschistische Henker-Regime Francos war groß. Die RHD sammelte 49 Unterschriften gegen die Todesurteile, hauptsächlich von Passanten und im Stadtteil. Die Demonstration war sehr kämpferisch und war Ausdruck einer tiefen Solidarität mit den spanischen Revolutionären.

SPENDEN

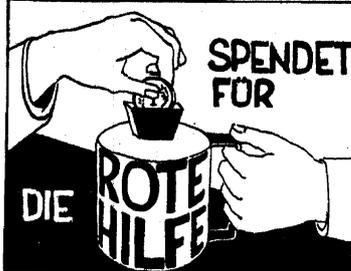
1. Spenden ohne besonderen Verwendungszweck: Stammisch der OG Mannheim 18,81 DM; OG Frankfurt, Verkauf von Streichhölzern beim RAKT 262,38 DM; A.M., Essen 50,- DM; Initiativgruppe Bremen 20,- DM; OG Tübingen 349,31 DM; OG Dortmund 39,48 DM; OG Lübeck 223,- DM; OG Tübingen 21,50 DM; OG Frankfurt 179,82 DM; OG Mannheim 55,50 DM; OG Gelsenkirchen 29,54 DM; OG Stuttgart 16,71 DM OG Friedrichshafen 50,- DM Rote Garde Idar-Oberstein 22,- DM

zusammen: 1338,05 DM

2. Spenden mit Verwendungszweck: OG Dortmund für Heinz Baron 282,42 DM; OG Dortmund für die Gefangenen des RAKT 30,52 DM; OG Hamburg für die türkischen Genossen in Köln 40,- DM; OG Hamburg für die Abgeschobenen von Dynamit Nobel 3,- DM; OG Hamburg für Prozesse 5,95 DM; OG Stuttgart für die Gefangenen des RAKT 33,45 DM; OG Giessen für die FRAP 21,50 DM; OG Giessen für die Völker Indochinas 72,50 DM; LV Westberlin für die FRAP 20,- DM; OG Hamburg für die politischen Gefangenen 2146,40 DM

zusammen: 2706,70 DM

SUMME aller Spenden im Oktober: 4044,75 DM



Briefe von politischen Gefangenen

Preis: 1,50 DM

RESOLUTIONEN

- von der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Bodensee der RHD an die inhaftierten Genossen vom Roten Antikriegstag
- von der Mitgliederversammlung Bodensee der RHD an die FRAP und die PCE/ML
- vom Jugendtreff der Roten Garde Ostfriesland gegen die Ermordung der fünf spanischen Antifaschisten
- vom RHD-Stammisch der Ortsgruppe Lübeck an die FRAP
- von Besuchern der RHD-Veranstaltung zum Roten Antikriegstag in Lübeck, an den Genossen Sascha Haschemi
- von der MV der Stadtteilgruppe Kiel-West der RHD gegen die Ermordung der fünf spanischen Antifaschisten
- von der MV der Ortsgruppe Marburg der RHD gegen die Ermordung der fünf spanischen Antifaschisten

Der Kampf der Roten Hilfe in Spanien

Nach der Ermordung der fünf spanischen Revolutionäre durch das Franco Regime hat sich der Kampf der spanischen Völker gegen die Franco Yankee Diktatur nur noch mehr verstärkt. Unter Führung der FRAP, der Revolutionären Antifaschistischen Patriotischen Front, streikten Tausende gegen die Ermordung der Genossen. Getragen von der Sympathie des Volkes richteten Kommandos der FRAP mehrere Folterknechte der Guardia Civil hin. Das spanische Volk ist trotz der wahnsinnigen Repression in die Offensive gegen den Faschismus übergegangen. es steht am Beginn des bewaffneten Volkskrieges. Im Baubereich hat die FRAP zum Generalstreik aufgerufen.

Angesichts der neu zu erwartenden Kämpfe, angesichts der weiterhin drohenden Todesurteile, ruft die FRAP dazu auf, die Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes weiterzuführen. Aus diesem Anlaß führte die RHD auch Gespräche mit einer Vertreterin der Roten Hilfe Spaniens, der FUS, Mitglied der FRAP. Die Spanischen Genossen berichteten über Entstehung und Arbeit der Roten Hilfe:

Nach 1939, nach dem Sieg des Faschismus, schuf sich das spanische Volk verschiedene Solidaritätsorganisationen gegen den Terror der Franco Faschisten. Aber mit dem Verrat am Kommunismus, mit der revisionistischen Entartung der KPS, an deren Spitze heute der Verräter Carillo steht, verrieten die Führer dieser Partei auch die Idee der Roten Hilfe. Sie spalteten die Solidarität mit den politischen Gefangenen. Unterstützt wurden nur noch prominente revisionistische Führer, die in den Gefängnissen saßen. Sie verteilten die Spendengelder ungerecht. So kam es vor, daß in ein und demselben Gefängnis die Kommune von revisionistischen Führern gut zu essen hatte, genügend Kleidung und Medikamente bekam, während nebenan die Mitglieder einer revolutionären Kommune hungerten, vor Kälte und Nässe krank wurden und unter den elendsten Bedingungen leben mußten. (Anmerkung: Die Politischen Gefangenen organisieren sich in den Gefängnissen in Kommunen.) Und sie verzichteten immer mehr darauf, die Massen für die Solidarität mit dem Kampf in den Gefängnissen zu mobilisieren.

Gegen diesen Verrat schuf sich das spanische Volk erneut seine revolutionäre ROTE HILFE, die sich als Mitglied der FRAP einreihet in den Kampf für die Föderative Volksrepublik.

KEINE GEFANGNISMAUER IST ZU HOCH!

Die Betreuung der Politischen Gefangenen und der Kampf für die Freiheit ist eine der wichtigsten Aufgaben der FUS. Schon vor der Verabschiedung des sogenannten Anti-Terroristengesetzes gab es über 5.000 Politische Gefangene. Hunderte, wahrscheinlich Tausende, sind jetzt dazugekommen. Sie werden gerade jetzt hermetisch vor der Außenwelt abgeschirmt, haben kaum mehr Kontakt zu ihren Angehörigen,

fast alle wurden nach ihrer Verhaftung gefoltert.

Eine Taktik des Faschismus bestand



darin, die politischen Gefangenen mit Kriminellen und Prostituierten zusammenzuliegen, die dann häufig Provokationen organisieren, die dann Signal für neue Polizeieinsätze in den Gefängnissen sind. Besonders schlimm war die Behandlung der jugendlichen Genossen. Sie kamen in eigene „Gefängnisse“, die Mädchen wurden am ganzen Körper kahlgeschoren, nur wenige Stunden am Tag gab es Licht, sie wurden in Zwangsjacken gesteckt oder von brutalen Wärtern vergewaltigt.

Gegen diesen Terror organisierte die FUS in und außerhalb der Gefängnisse breite Proteste. Hungerstreiks, Meutereien, verbunden mit Demonstrationen draußen, zwangen die Faschisten zu zahlreichen Zugeständnissen. So sind heute die meisten Politischen Häftlinge zusammgelegt, auch spezielle Jugendgefängnisse mußten abgeschafft werden. Politische Gefangene konnten sich die Einrichtung einer guten Bibliothek erkämpfen.

Das wichtigste aber, betont die Rote Hilfe Spaniens, ist die politische Betreuung der Genossen im Gefängnis. Nur wenn sie politisch wach bleiben, Verbindung zum Kampf draußen haben, zu ihrer Partei, zur FRAP, nur dann sind sie stark genug, dem Terror zu widerstehen. Daher gehört die Überwindung der Kerkermauern, das Rein- und Rauschleusen von Propaganda, von Literatur usw. zu den wichtigsten Aufgaben der FUS.

Eine weitere Aufgabe ist die Unterstützung der Kämpfer, die in den Untergrund gehen müssen oder ins Ausland fliehen müssen. Zig Kämpfer müssen von heute auf morgen ihre Familien

In der Nähe von Madrid brach in der Schreinerei des Gefängnisses ein Brand aus, die Wärter verriegelten sofort die Schreinerei, zwei Genossen kamen in den Flammen ums Leben. Noch in der selben Nacht organisierte die FUS eine Demonstration 4.000 Menschen stürmten das Gefängnis und verhinderten die Totenmesse.

Die FUS organisiert Massensammlungen unter den Arbeitern. Auf Märkten steigt ein Genosse auf Kisten, erinnert die Arbeiter und Bauern an die Not der Gefangenen und ruft sie zu Spenden auf. Die FRAP-Fahne wird entrollt, im Nu sammeln sich tausende von Pesetas Nahrungsmittel usw. Nach 5 Minuten ist alles vorbei. Zurück bleibt eine Fahne der FRAP mit einem Plakat „Aktion der FRAP, organisiert von der FUS“.

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER FUS, DER ROTEN HILFE SPANIENS!

Auf die Frage, wie wir nun am besten den Kampf in Spanien unterstützen können, antwortete die Vertreterin der FUS:

Das wichtigste ist die breite Information der Bevölkerung über den Charakter des Terrors in Spanien, über die Lage der Politischen Gefangenen. Das deutsche Volk hat gerade in den letzten Wochen bewiesen, daß es bereit ist, die spanische Revolution zu unterstützen.

Die **Geldsammlungen** müssen weitergeführt werden. All das, was die FUS organisiert an Hilfe ist sehr teuer, das kann sich nach diesen Berichten jeder vorstellen.

Patenschaften für die Familien der Gefangenen müssen organisiert werden. Sie brauchen unsere materielle und moralische Hilfe, ihre Kinder brauchen mal einen Urlaub usw. Wer dazu bereit ist, der kann sich bei der RHD melden, er bekommt dann die Adressen.

Die **ROTE HILFE DEUTSCHLANDS** wird den Kampf des spanischen Volkes entschlossen unterstützen. Die Feinde des spanischen Volkes, seien es die Yankees oder die Sozialimperialisten, sind auch unsere Feinde. Seine Siege sind auch unsere Siege.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT - SCHAFFT ROTE HILFE!

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES SPANISCHEN VOLKES!

Abonniert die Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands

Rote Hilfe

Abonnementspreis für 1 Jahr:
Einzelabo: 10 DM (einschl. Porto)
Ab 5 Stück: 6 DM je Ab., zuzüglich Porto

Bestellt das Programm und Statut der RHD.

Bestellungen an:

RHD
46 Dortmund
Dorstfelder Hellweg 22

Bestellschein

A) Probenummer B) Abonnement ab Nr.

Ich möchte Informationsmaterial Ich möchte besucht werden

Name, Vorname

Beruf

Postleitzahl/Ort

Straße

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum

Unterschrift

Impressum

Herausgeber
Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands

Selbstverlag
Verantwortlicher Redakteur Dieter Kwoll
Druck: Alpha-Druck GmbH-Dortmund
Redaktion und Vertrieb Büro der RHD
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

Kontaktadressen:

Bremen: Kontakt über Albanienzentrum, Walter Heerstr. 70, Mittwochs 17 - 19 Uhr.

Bochum: Stammtisch jeden Sonntag, 11 Uhr, Bo-Langendreer, Gaststätte „Koke“, Ecke Wittenberg/Warburgstr.

Dortmund: Büro Dorstfelder Hellweg 22, Mi. 17 - 19 Uhr und Sa. 11 - 13 Uhr.

Stammtisch jeden Freitag 19 Uhr, Haus Pelzing, Kesselstr.

Giessen: Stammtisch jeden 2. Freitag, 19.30 Uhr, Stein's Eck, Steinstr.

Hamburg: Stammtisch jeden 1. Sonntag 11 Uhr, Gaststätte Holsten-Bier Ecke Kieler Str./Langenfelder Damm

Hannover: Stammtisch jeden Freitag 19 Uhr, Hann.-Linden „Pariser Platz“ Ecke Kirchstr./Davenstädterstr.

Kassel: Jeden Freitag 20 Uhr, Gaststätte „Kelim“, Bürgermeister-Brunner-Str.

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi. und Fr. von 16 - 18 Uhr

Lübeck: Stammtisch jeden Donnerstag 19 Uhr, im „Alten Stecknitzfahrer Amtshaus“ Hartengrube

Marburg: Stammtisch jeden 2. Montag, 20 Uhr, Lahnbrücke (nächster Termin: 17.11.75)

München: Stammtisch jeden Donnerstag 19 Uhr, Gaststätte „Keferloher“ Ecke Schleißheimer Str./Frankfurter Ring

Münster: Stammtisch sonntags 11 Uhr, „Augustenburg“, Ecke Augusta-Str./Friedrich-Ebert-Str.

Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag 19 Uhr, Haus Fuchs Hocharlmarktstr.

Tübingen: Stammtisch jeden 2. Mittwoch, 18.30 Uhr, im „Herzog Ulrich“ Ulrichstr. 11

Westberlin: Büro Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang in der Gottschedstr., Öffnungszeiten: Di. und Do. 17 - 19 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr

Spendenkonto der RHD: Stadtsparkasse Gelsenkirchen Nr.: 122 001 729
Held